Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.
Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501

Telephon-Nr. 1047. **Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.** Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: **Volksblatt Hallesaale.**

Nr. 51 — Halle a. S., Mittwoch den 1. März 1899. — 10. Jahrg.

Die Beaufsichtigung der Gruben durch Arbeitervertreter

ist eine von den deutschen Bergleuten seit langem erhobene Forderung. England, Frankreich und Belgien sind auf diesem Gebiete dem Deutschen Reich schon längst vorangegangen. Im Vorjahre stellte sich auch der Minister Brefeld unter dem Eindruck des Massenunglücks in der Grube „Karolinenglück“ im Abgeordnetenhause sympathisch zu den Forderungen der Bergleute.

Es wurde eine Untersuchungskommission in das Ausland geschickt, die sich je 14 Tage in Frankreich und England und einige Tage in Belgien aufhielt. Die Einrichtung der Aufsichtsdelegierten besteht in England seit 1872, in Frankreich ist sie durch Gesetz vom 8 Juli 1890, in Belgien durch Gesetz vom 11. April 1897 eingeführt. Die Kommission hat nun über ihre Untersuchungen dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe einen ausführlichen Bericht erstattet, dem wir für heute folgendes entnehmen:

Die Bergarbeiter **Englands** sehen in der Kontrolle durch ihre Kameraden die Erfüllung einer wichtigen Forderung. Für sie ist es eine Beruhigung, zu wissen, daß die Gruben von Leuten, die ihr Vertrauen besitzen, auf ihren Sicherheitszustand untersucht werden und daß über etwa vorhandene oder befürchtete Gefahren dem staatlichen Bergwerksinspektor Anzeige erstattet werden muß. Die Bergwerksbesitzer und deren Vertreter erkennen diese Forderung der Arbeiter als gerechtfertigt an. Sie erblicken in der Einrichtung ein Mittel, durch welches etwaige Gerüchte über vorhandene Gefahren am besten zerstreut werden können. Wenn sie sich auch angeblich durch die Untersuchungen der Delegierten in ihrer Verantwortlichkeit nicht entlastet fühlen, so ist es für sie doch bei größeren Unglücksfällen eine gewisse Befriedigung, wenn sie sich darauf berufen können, daß nach dem letzten Befund der Aufsichtsdelegierten eine nachweisliche Gefahr vor dem Unfall nicht bestanden hat. Obwohl durch die Befahrungen der Delegierten manchmal unmittelbar Gefahren verhütet werden, so wird doch der hauptsächlichste praktische Nutzen der Einrichtung von den Arbeitgebern und, wie es scheint, auch von den meisten Arbeitern darin gesehen, daß ihr Bestehen für die unteren Grubenbeamten einen Ansporn bildet, die Grube in gutem Zustand zu erhalten. Die Auswahl der Delegierten giebt den Bergwerksleitern keinen Anlaß zur Klage. Diese erkennen an, daß die Delegierten im allgemeinen wahrheitsgetreue Berichte liefern und selten übertreiben, wenn sie auch zuweilen zu viel Kleinigkeiten bemängelten. Auch die staatlichen Bergwerks-Inspektoren halten die Einrichtung für wertvoll; zwar weniger deshalb, weil durch sie unmittelbar Gefahren verhütet würden, als weil sie die Grubenbeamten anspornen, die Grube in Ordnung zu halten. Wie weit die Einrichtung mittelbar und unmittelbar günstig auf die Unfallstatistik eingewirkt hat, läßt sich auch nicht annähernd schätzen. Die tödlichen Verunglückungen unter Tage beim Bergbau Großbritanniens und Irlands haben betragen auf 1000 unterirdisch beschäftigte Personen im Durchschnitt: 1865 bis 1870 3995, 1871 bis 1875 2736, 1891 bis 1895 1704. Sie haben also seit 1872, d. h. seit dem Bestehen der Einrichtung, bedeutend abgenommen. Neben der Verschärfung der Betriebsvorschriften und den freiwillig von den Bergwerksbesitzern getroffenen Verbesserungen an den Betriebseinrichtungen wird ein gewisser Anteil an dieser Verminderung der Unfälle auch der Einrichtung der Aufsichtsdelegierten zuzuschreiben sein.

In **Frankreich** hat das Delegiertengesetz die Wünsche der Arbeiter nicht vollkommen zu befriedigen vermocht. Wie aus den Aussagen der Delegierten hervorgeht, die im Jahre 1895 von der zur Untersuchung der Arbeits- und Sicherheitsverhältnisse in den Gruben von der Deputiertenkammer eingesetzten Kommission über die Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. Juli 1890 vernommen wurden, waren damals die Delegierten mit dem Gesetz hauptsächlich deshalb nicht zufrieden, weil es den Delegierten nur gestatte, eine beschränkte Zahl von Befahrungen zu machen, und weil es ihnen zu geringe Befugnisse gewähre. Einerseits genüge die zugelassene Zahl der Befahrungen nicht zu einer wirksamen Beaufsichtigung, da der Zustand der Grube zu schnell wechsele, andererseits reiche die Entschädigung dafür nicht aus, die Delegierten völlig unabhängig von den Bergwerksbesitzern zu machen. Außer den ihnen durch das Gesetz gewährten Befugnissen verlangten sie u. a. das Recht zu haben, einen Betriebspunkt, den sie für nicht genügend bewettert hielten oder an dem sie sonst das Vorhandensein einer Gefahr vermuteten, bis zur Ankunft des staatlichen Ingenieurs einzustellen und sich bei Untersuchung der Schlagwetter der Pieler-Lampe bedienen zu dürfen. Sie wünschten ferner, daß sie nicht nur von eingetretenen tödlichen und solchen Verletzungen, die sich sogleich als schwer herausstellen, sondern von jedem Unfalle in Kenntnis gesetzt würden, durch den ein Arbeiter genötigt sei, seine Arbeitsstelle zu verlassen, und daß ihnen gestattet würde, in allen diesen Fällen eine Untersuchung vorzunehmen. Wie die Stimmung der Arbeiter über das Gesetz gegenwärtig ist, konnten wir mit Sicherheit nicht in Erfahrung bringen. Nach den Mitteilungen privater und staatlicher Bergbeamten hat das Interesse für die Einrichtung bei den Arbeitern immer mehr und mehr nachgelassen. Die Delegierten selbst verhalten sich meist ruhig. Zum Teil wird diese Erscheinung allerdings darauf zurückzuführen sein, daß es den Arbeitgebern vielfach gelungen ist, die Wahl solcher Delegierten zu verhindern, die den Arbeitersyndikaten angehören. Die Befürchtungen, die seiner Zeit von den Bergwerksbesitzern geäußert wurden, daß die Einrichtung der Delegierten vermehrten Anlaß zu Streitigkeiten und Ausständen geben würde, haben sich, wenigstens was die ersten Jahre des Bestehens der Einrichtung betrifft, als nicht unbegründet erwiesen. Heute, nachdem es den Grubenverwaltungen, wie gesagt, vielfach gelungen, den entscheidenden Einfluß der Arbeitersyndikate auf den Ausfall der Delegiertenwahlen zu brechen, und nachdem jetzt in der Mehrzahl Delegierte bestellt sind, die den Gruben-Verwaltungen genehm sind, haben die Befürchtungen nachgelassen. Ein großer Teil der Arbeitgeber hat sich daher gegenwärtig mit dem Gesetz abgefunden und fühlt sich durch die Einrichtung nicht mehr belästigt. Eine praktische Bedeutung wird dieser aber auch jetzt nur von wenigen Bergwerksleitern zugestanden. Die meisten sind der Ansicht, daß den Delegierten die nötigen Vorkenntnisse zu einer wirksamen Ausübung ihrer Aufgabe fehlen, und daß die staatliche Aufsicht durch die Bergingenieure und Kontrolleure völlig genügt. Die Gründe, weshalb mit der Einrichtung der Delegierten in Frankreich weniger günstige Erfahrungen gemacht worden sind, als in England, sind nach Ansicht der Kommission zum Teil auf das Delegiertengesetz selbst zurückzuführen, das in einzelnen Bestimmungen erheblich von der betreffenden englischen Vorschrift abweicht.

Ueber die Einrichtung in **Belgien** liegen bei deren Neuheit noch keine Erfahrungen vor. Dadurch, daß die Delegierten nicht unmittelbar von den Arbeitern gewählt, sondern vom Minister ernannt werden, und zwar aus einer Zahl von Kandidaten, die von einer je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitern bestehenden Körperschaft vorgeschlagen werden und die eine lange praktische Erfahrung und gewisse theoretische Kenntnisse aufzuweisen haben, ist eine größere Gewähr dafür gegeben, daß Leute bestellt werden, die die meiste Sachkenntnis besitzen und die sich außerhalb ihrer Aufgabe liegenden Bestrebungen fernhalten. Andererseits aber werden die nach dem belgischen Gesetz bestellten Delegierten kaum in dem Maße das Vertrauen der Arbeiter genießen, wie es von diesen frei gewählte Vertreter besitzen, zumal sie während ihrer Amtsthätigkeit ganz aus dem Arbeiterstande austreten und sozusagen Beamte werden. Die Arbeiter werden infolgedessen vielleicht zurückhaltender in etwaigen Anzeigen über Zuwiderhandlungen der Beamten gegen bergpolizeiliche Vorschriften oder über vorhandene oder befürchtete Gefahren sein. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei ihnen die Neigung zur Grubenarbeit mehr und mehr abnehmen wird. Die Vermutung dürfte daher nicht ganz unbegründet sein, daß einzelne Delegierte während ihrer Amtsthätigkeit alles zu vermeiden suchen werden, was ihre Wiederwahl vereiteln könnte, und zu dem Zweck über manche Uebertretungen gesetzlicher oder bergpolizeilicher Vorschriften seitens der Arbeiter oder seitens der Beamten hinwegsehen werden, soweit dies, ohne in den Verdacht einer Pflichtvernachlässigung zu geraten, möglich ist.

So weit der gründliche und sehr objektive Bericht der Kommission, der fast durchweg übereinstimmt mit den Mitteilungen über die englische, französische, belgische Grubeninspektion, die die sozialdemokratische Presse vor einiger Zeit veröffentlichte.

Welche Schlüsse hat nun der preußische Handelsminister daraus gezogen? Man möchte es kaum glauben: das, was sich im Ausland als vortrefflich erwiesen hat, **soll für Preußen versagt bleiben,** und was sich im Ausland **als wertlos** gezeigt hat, damit sollen die preußischen Bergarbeiter beglückt werden.

Der Etat für 1899 sieht, wie mitgeteilt, 99200 M. für eine „bessere Beaufsichtigung der Gruben“ vor. Es sollen den Revierbeamten in den Steinkohlenbezirken untere Aufsichtsbeamte beigegeben werden, welche fortgesetzt die Erkundung und Feststellung einzelner thatsächlicher Verhältnisse, insbesondere des Sicherheitszustandes der Gruben vornehmen und damit zugleich die Revierbeamten wirksam unterstützen und entlasten sollen. Diese Revier-Aufsichtsbeamten, von deren vorläufig 11 für den Breslauer, 34 für den Dortmunder und 5 für den Bonner Oberbergamtsbezirk bestimmt sind, sollen im allgemeinen aus dem Aufsichtspersonal der Staatsbergwerke entnommen werden.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ließ der Regierungsvertreter erkennen, daß die belgischen Einrichtungen ihm am meisten zusagen. Trotzdem will man in Preußen noch hinter den belgischen Einrichtungen zurückbleiben, wo doch die Arbeiter wenigstens bei dem Vorschlagsrecht mit den Unternehmern gleiche Berechtigung genießen.

Daß auch in Belgien unter dem dort bestehenden System die Delegierten nie in dem Maße das Vertrauen der Arbeiter werden erringen können, wie freigewählte Vertreter, wie in der Denkschrift gesagt ist, scheint der Minister ebenso zu übersehen, wie die Thatsache, daß die Bergarbeiter Belgiens schon zu wiederholten Malen durch ihre Vertreter ihre Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Gesetz bekundet haben.

Der Kommissionsbericht läßt die englischen Einrichtungen in einem höchst günstigen Lichte erscheinen; nicht bloß die Arbeiter, auch die Unternehmer sind damit zufrieden, und die staatlichen Bergwerks-Inspektoren halten sie für wertvoll. Doch das kümmert den Minister nicht. Nicht kümmert ihn der Hinweis, daß ein gewisser Anteil an der Verminderung der Unfälle der Einrichtung der Aufsichtsdelegierten zu danken sein wird. Nicht nach dem englischen Muster, wo die Ausführung der Wahlen den Arbeitern selbst überlassen ist, will man die Berginspektion reformieren, sondern hier hat man es mehr mit dem „Erbfeinde“ gehalten. Die französischen Arbeiter sind von dem Gesetz nicht vollkommen befriedigt worden; aber auch die Arbeitgeber nicht. Erst, seitdem es den Grubenbesitzern gelungen ist, die Wahl solcher Delegierten zu verhindern, die den Arbeitersyndikaten angehören, beginnen sie sich mit dem Gesetz abzufinden und fühlen sich nicht mehr „belästigt“. „Die Delegierten selbst verhalten sich meist ruhig.“ Welch einen idyllischen Zustand haben sich da die Grubenbarone geschaffen, indem sie den „entscheidenden Einfluß der Arbeitersyndikate“ brachen. Aber immerhin mußten sie darum kämpfen, die ruhige, ungehinderte Entwickelung der Profitmacherei wurde zeitweise durch den „vermehrten Anlaß zu Streitigkeiten und Ausständen“ unterbrochen.

Was liegt näher, als sich die Erfahrungen zu eigen machen. Gewiß! Der nationalen Kohlenindustrie muß dieser Kampf mit den Arbeiterdelegierten erspart werden.

Keine Störung! Das liegt im Interesse der **nationalen Arbeit.** Deshalb ist es viel rationeller, die Arbeiter von der Grubeninspektion **gänzlich auszuschließen,** ihnen keinerlei Einfluß auf die Besetzung der Stellen (etwa durch Wahlen) zuzugestehen. So kommen sie gar nicht in die Lage, „Anlaß zu vermehrten Streitigkeiten“ zu geben, die Unternehmer brauchen gar nicht erst Einflüsse zu „brechen“, durch die sie „belästigt“ werden und der Friede bleibt von vornherein erhalten — **der Friede des Kirchhofs.**

Warum — so muß man da fragen — hat die preußische Regierung überhaupt eine Kommission ins Ausland gesendet? Um bei ihren vorgefaßten, einseitigen, jeder redlichen Grubeninspektions-Reform Hohn sprechenden Meinungen zu verharren, hätte man sich das Geld für die Studienreise sparen können.

Um eine „Reform“ nach dem Herzen des Freiherrn v. Stumm zu machen, brauchte man wahrlich nicht mit wissenschaftlicher Einsicht und ehrlicher Absicht begabte Geheimräte zu entsenden! (Vorwärts.)

Aus dem Reichstage.

Berlin, 27. Februar 1899.

Der **Reichstag** erledigte heute zunächst den Etat der reichsländischen Bahnen. Von den elsässischen Abgeordneten wurden dabei wieder viele Reden gehalten und Wünsche lokaler Natur vorgebracht, die aber für die Allgemeinheit nur wenig Interesse haben. Ohne wesentliche Debatte wurde dann der Etat des Rechnungshofes und des Reichsschatzamtes erledigt. Schließlich wurde noch der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern in Angriff genommen. Der konservative Abgeordnete Graf v. Schwerin-Löwitz bemängelte das jetzige Verfahren, welches die Qualitätsunterscheidung der verschiedenen Körnerorten ermöglicht und welches natürlich für die Frage der Verzollung und des damit zusammenhängenden Interessengegensatzes zwischen großen und kleinen Müllern von einschneidender Bedeutung ist. Staatssekretär v. Thielmann gab zu, daß das Verfahren nicht einwandsfrei sei, der heutige Stand der Wissenschaft aber momentan kein besseres Messungsverfahren ermögliche. Die ganze Frage dürfte morgen, wo die Beratung fortgesetzt wird, noch zu eingehenden Debatten führen.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung. Montag, den 27. Februar 1899. 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf von Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, Thielen.

Von der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie ist ein Danktelegramm für die Kundgebung des Reichstages bei Gelegenheit der Rettung der „Bulgaria“ eingegangen.

Die zweite Etatsberatung wird bei der **Verwaltung der Reichseisenbahnen** fortgesetzt.

Abg. **Hauß** (E.j.), Abg. **Riff** (Hosp. d. Freis. Vp.) und Abg. **Werner** (Antis.) treten für die Eingabe der Betriebssekretäre ein, die seit Jahren auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen warten.

Preuß. Eisenbahnminister **Thielen:** Die Betriebssekretäre gehören zu einer Beamtenklasse, die auf dem Aussterbeetat steht; man kann ihnen nicht weiter entgegenkommen, als es schon geschehen ist. Die Telegraphisten, die aus der hessischen Verwaltung in die preußische kommen, sind allerdings von Subaltern- zu Unterbeamten geworden, haben aber gleichzeitig eine Gehaltsaufbesserung erhalten. Die große Bedeutung der Lokomotivführer erkenne ich an; aber eine Erhöhung ihres Gehalts ist nicht angängig. Wohin sollten wir kommen, wenn an der Leiter der Erhöhung sich einer an den andern anklammert, um auf dessen Schultern höher zu kommen?

Abg. **Bueb** (Soz.): Die Aufbesserung der Beamtengehälter, die wir mit Freuden begrüßen, ist ein Beweis dafür, daß wir in früheren Jahren mit Recht Beschwerden nach dieser Richtung hin erhoben haben. Die Vermehrung des Personals, und vor allem des Streckenpersonals, ist gleichfalls ein Fortschritt. Früher sind oft Leute mit mangelhafter Vorbildung zur Aushilfe benutzt worden. Ein Lokomotivführer hat mir Mitteilungen über diese Mißstände gemacht, unter denen besonders das reisende Publikum gelitten hat. Solches Aushilfspersonal beklagt sich auch mit Recht darüber, daß man nicht wenigstens die den höheren Leistungen entsprechende Zulage bewilligt. Dagegen ist es anzuerkennen, daß die Lokomotivführer bereits in früheren Jahren Gehaltsaufbesserungen erhalten haben; nur beklagen sich die Beamten darüber, daß bei jeder Lohnerhöhung ihre Nebenbezüge geschmälert werden. — Die Eisenbahntelegraphisten wünschen ihre Gleichstellung mit denen der Reichspost, und ihre Forderung ist berechtigt, da ihre Thätigkeit eine überaus verantwortungsvolle ist. In Baiern, Baden und anderen Ländern werden die **Telegraphisten schon seit lange den Subalternbeamten zugerechnet.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0001
DFG

Herrn Gamp stimme ich vollkommen darin bei, daß den Arbeitern Gelegenheit geboten werden muß, sich von dem Aufenthalt in der schlechten Fabrikluft am Sonntag im Walde erholen zu können. Ich bin davon überzeugt, daß die Eisenbahnarbeiter die Mehrarbeit, die ihnen aus diesen Sonntagszügen entsteht, gern aus Solidaritätsgründen leisten werden. Durch Einstellung von genügendem Personal könnte aber auch diesem Uebelstande abgeholfen werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Minister Thielen: Für den normalen Betrieb haben wir das ausreichende Personal. Es wird nur bei außergewöhnlichen Fällen ergänzt durch die nach bundesrätlichen Verordnungen ausgebildeten Anwärter. Daß die Lokomotivführer jedesmal bei Gehaltserhöhungen eine Kürzung ihrer übrigen Emolumente erfahren, ist ein Irrtum. — Es ist von jeher angestrebt worden, daß die Beamten möglichst ihren Dienst in der Heimat versehen; allerdings werden ihre Kilometergelder dadurch auch geringer. Aber man kann es nicht allen recht machen. Was die Eisenbahntelegraphisten anlangt, so darf man nie vergessen, daß sie ganz andere Menschenkinder sind als die Posttelegraphisten. Sie haben einen total anderen Dienstplan. Also lasse man doch alle Gleichstellungsversuche.

Abg. **Bueb** (Soz.): Die Arbeiter an den Kesselschichten haben in 5 Wochen nur einen freien Sonntag. Ich habe mich bereits 1896 darüber beschwert und hoffe, daß ich das heut zum letztenmal zu thun brauche.

Abg. **Schmidt** Warburg (Zentr.) tritt dafür ein, daß die Regierung den besten Eisenbahnhandwerkern und Arbeitern Beamtenstellung vor allem Pensionsberechtigung gewährt.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der dauernden Ausgaben.

Geheimrat **Wackerzapp** bittet, entgegen dem Kommissionsbeschlusse, die erste Rate von 400 000 M. für die Anlage einer elektrischen Zentrale in Mülhausen behufs Beleuchtung der Bahnhöfe Mülhausen, Pornach, Lutterbach, Mülhausen-Nord und Mülhausen-Wanne, sowie der Werkstätte Mülhausen und behufs Kraftversorgung der letzteren zu bewilligen.

Abg. **Bueb** (Soz.): Obgleich ich Vertreter der Stadt Mülhausen bin, bitte ich um Ablehnung dieser Forderung. Die ablehnende Haltung der Kommission hatte den Grund, daß die Anlage des Elektrizitätswerkes sich dem großen Reformplan beim Neubau des Bahnhofs einfügen müsse. Wenn im nächsten Jahre eine Position für letztern eingestellt wird, so soll die erstere mit angefügt werden.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Wenn die Regierung in schnellerer Weise vorgehen will, sollten wir sie nicht daran hindern und die Forderung nach dem Wunsche der Regierung bewilligen. Eine gute Beleuchtung trägt wesentlich dazu bei, Unfälle zu verhüten; und wenn in diesem Jahre Unfälle entstehen sollten, möchte ich die Verantwortung dafür nicht übernehmen.

Geh.-Rat Wackerzapp: Die definitive Gestaltung des Bahnhofs hängt mit der Beleuchtungsanlage nicht zusammen. Alle Befürchtungen des Abg. Bueb in dieser Richtung sind grundlos.

Abg. **Müller** Sagan (Frs. Vp.): Ich bitte am Kommissionsbeschlusse festzuhalten. Man soll doch nicht erst eine Waschküche bauen und dann das Haus drum rum (Heiterkeit), sondern umgekehrt.

Der Titel wird hierauf dem Antrage der Kommission entsprechend abgelehnt.

Eine Resolution, die die Beseitigung der Uebelstände auf dem Straßburger Güterbahnhof, sowie einige andere Verkehrs-Verbesserungen für Elsaß-Lothringen anstrebt, wird nach unwesentlicher Debatte angenommen. Der Etat für den Rechnungshof des Deutschen Reiches wird debattelos genehmigt.

Es folgt der Etat für das Reichsschatzamt. Beim Titel „Staatssekretär“ bringt

Abg. Dr. **Pachnicke** (Freis. Vereinig.) zur Sprache, daß einer angesehenen Berliner Firma, die bisher Wollgarn für den Veredlungsverkehr bezogen hatte, plötzlich seitens der Hauptsteuerdirektion mitgeteilt worden sei, die Vergünstigungen für die Einfuhr von Wollgarn seien verboten. Später stellte sich heraus, daß das nur von Preußen galt. Solcher Partikularismus wirkt doch nur schädlich und ist wert, daß er zu Grunde gehe.

Staatssekretär Frhr. **v. Thielmann**: Das Reichsschatzamt ist stets bestrebt, einen Ausgleich solcher Verschiedenheiten herbeizuführen. Auch in diesem Falle sind bereits Verhandlungen im Gange.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Es folgt der Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Awersen.

Beim Titel Zölle fragt

Abg. Graf **Schwerin** Loewitz (kons.) die Regierung an, welche Maßregeln sie zu ergreifen gedenke, um dem Vernichtungsprozeß der kleinen Mühlen, wie sie aus den falschen Typen beim Rendement erfolgen, aufzuhalten. Die einigen 20 großen Mühlen erhalten durch dieselben eine Art Exportprämie, schädigen die Staatskasse und ruinieren die kleinen Mühlen.

Staatssekretär Frhr. **v. Thielmann**: Es handelt sich hier um eine sehr verwickelte Frage. Es ist möglich, daß wir einen Weg finden, der uns eine genauere Wertschätzung des Mehls ermöglicht. Aber von allen Mängeln frei können die Typen nie sein. Die jetzige Type ist auf Grund von Mustern hergestellt, die von sämtlichen Bundesstaaten vorgelegt waren. Bei ihrer Herstellung waren Groß- und Kleinmüller beteiligt.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Bericht der Geschäfts-Kommission über den sozialdemokratischen Antrag in Sachen des Strafverfahrens gegen den Abg. Stadthagen.)

Schluß 6 Uhr.

Tagesgeschichte.

Im Abgeordnetenhause begründete am Montag bei der Fortsetzung der Beratung der Berg-, Hütten- u. Salinenverwaltung der freisinnige Abg. Hirsch eingehend seinen Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, zur Aufsicht in den Steinkohlenbergwerken auch die Arbeitervertreter heranzuziehen. Der Handelsminister Brefeld verhielt sich ablehnend. (Siehe unseren heutigen Leitartikel.) Auch die konservativen und nationalliberalen Redner sprachen sich in ablehnendem Sinne aus.

Herr v. Stumm als Chefredakteur der Post. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Vorwärts einige Briefe, die das Verhältnis Stumms zur Post in recht interessantem Lichte darstellen. Eine Thatsache ist besonders charakteristisch für Freiherrn v. Stumm, nämlich die, daß er in der bekannten Fink-Affaire noch am vorigen Donnerstag im Reichstage seinen Schützling Fink dem Genossen Gradnauer gegenüber verteidigte, aber bereits im Dezember 1897 über dessen moralische Qualität sich vollkommen klar war, also schon zu der Zeit, wo Bebel im Reichstag den Fink als Redakteur des berüchtigten Fischer-Pamphlets angriff und ihn als einen moralisch sehr bedenklichen Charakter hinstellte. Die vorstehenden Briefe werden von großer Wichtigkeit sein in dem noch schwebenden Prozeß „Fink contra Bebel“.

Herr Stumm schreibt unter dem 19. Dezember 1897 von Halberg aus:

„... Ich kann nicht sagen, daß mir die Erklärung Finks einen guten Eindruck gemacht hat, denn die in derselben enthaltene Darstellung des „Vereins Berliner Presse“ spricht mehr gegen als für Herrn Fink. Mir gegenüber ist Herr Fink schon dadurch schwer kompromittiert, daß er in seiner anbei zurückfolgenden handschriftlichen Erklärung zugiebt, zu seinem Austritt aus dem „Verein Berliner Presse“ veranlaßt worden zu sein, während er mir positiv versichert hatte, dies sei ganz freiwillig geschehen, weil ihm die Mitgliedschaft „nicht mehr passe“. (Diese Mitteilung des Stumm ist um so interessanter, weil Bebel erst durch Ladung einiger Vorstandsmitglieder des „Vereins Berliner Presse“ vor Gericht beweisen mußte, daß Fink gezwungen worden war, aus dem Verein auszutreten, was er bis zur Gerichtsverhandlung hartnäckig geleugnet hatte. Red. d. Volksbl.) Infolgedessen habe ich, nachdem ich Herrn Fink wiederholt aufgefordert hatte, mir die reine Wahrheit zu sagen, im Reichstag wörtlich geäußert (275 der stenogr. Berichte): „Herr Fink ist freiwillig, wie er sagt, aus dem „Verein Berliner Presse“ ausgetreten, und niemals ist ihm irgend eine Aufforderung zugegangen, dies zu thun.“

Herr Fink hat mich also veranlaßt, vor versammeltem Reichstag eine Lüge auszusprechen, was wahrhaftig nicht dadurch kompensiert wird, daß Bebel gleichfalls gelogen hat. (Oho!) Es ist nicht anzunehmen, daß unseren Gegnern der Unterschied zwischen der veröffentlichten Erklärung Finks, worin er nur bestreitet, von dem Vorstand zum Austritt veranlaßt worden zu sein, und meiner im Reichstag abgegebenen Erklärung entgehen wird. Machen sie auf diesen Unterschied öffentlich aufmerksam, so werde ich genötigt sein, Herrn Fink als Lügner hinzustellen, dessen Wahrheitsliebe mir in dieser ganzen Angelegenheit überhaupt in einem sehr schlechten Lichte erschienen ist.

Wenn Sie mich fragen, wie Post und Partei sich künftig Herrn Fink gegenüber zu verhalten haben, so kann das Verhältnis mit demselben keinesfalls dauernd beibehalten werden. Um Herrn Bebel nicht zu viel Ehre anzuthun (!!), würde ich Herrn Fink einstweilen so lange beibehalten, bis entweder gerichtlich oder durch veröffentlichte Thatsachen die Bebelsche Anklage soweit bestätigt ist worden, daß Fink ernstlich kompromittiert erscheint.

Freiherr v. Stumm setzt weiter in dem Briefe auseinander, worin man gegen Bebel vorgehen müsse, um diesen ins Gedränge zu bringen, und schließt seinen Brief also:

„Wie das alles auch endigen wird, **eine Schädigung der Post und der freikonservativen Partei durch diese Vorgänge ist unvermeidlich.** Bis zur völligen Klarstellung würde ich jedenfalls die Verbreitung der Post bei hochgestellten Personen nicht empfehlen. Auch die Stellung des Herrn Fink als Sekretär der freikonservativen Partei würde ich bis zur gerichtlichen Entscheidung inhibieren, um vor der Oeffentlichkeit nachzuweisen, daß unsere Partei alles aufbietet, um ihr Schild rein zu halten. Doch hat hierüber Frhr. v. Zedlitz und der betreffende Ausschuß zu entscheiden.

Hochachtungsvoll

Frhr. v. Stumm-Halberg.

In einem zweiten Briefe von 29. Dezember 1897 sagt Herr Stumm von Fink, daß dieser an einem bedenklichen Mangel an Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe leidet. Der Brief schließt mit der Bemerkung, daß er (Stumm) nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr ohne weiteres glaubt, daß aber Fink, um jeden Eklat zu vermeiden, in seiner Stellung behalten werden möchte. „Auf die Dauer aber können wir nicht einen Mitarbeiter behalten, welcher mit der Wahrheit in einer Weise umspringt, wie das wieder indem an Sie gerichteten Briefe der Fall ist.“

Der dritte Brief Stumms ist mehr von allgemeinem Interesse und betrifft die Haltung der Post. Hier ist Stumm absoluter Herrscher und duldet keine andere Meinung. Er schreibt unterm 6. Oktober 1898:

„In der Revue der Presse in Ihrer Dienstagnummer findet sich ein Urteil über die Gewerkschaftsbewegung, welches mit der Auffassung unserer Partei im schärfsten Gegensatze steht. Entweder handelt es sich hier um ein kathedersozialistisches Kuckucksei oder um eine völlige Unwissenheit über sozialpolitische Dinge seitens Ihres Mitarbeiters. Der „vortreffliche“ Max Lorenz ist gerade so schlimm wie jeder Sozialdemokrat. Sein Streit mit der Sozialdemokratie steht auf demselben Boden, wie der häusliche Streit zwischen Sozialisten und Anarchisten. Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie sind völlig identisch, wie ich dies im Reichstag wiederholt nachgewiesen habe. Ihr Mitarbeiter scheint meine Rede gar nicht zu kennen und ebensowenig die Preußischen Jahrbücher, welche mit Herrn Delbrück völlig im national-sozialen Lager stehen. Es erscheint mir dringend geboten, einen Mitarbeiter, welcher in einem der wichtigsten Punkte der inneren Politik den Standpunkt unserer heftigsten Gegner vertritt, aus seiner Stellung zu entfernen.

Hochachtungsvoll

Freiherr v. Stumm-Halberg.

Das ist derselbe Stumm, der von dem Terrorismus der Sozialdemokratie nicht genug zu reden weiß. Er sieht sogar seine geistigen Mitarbeiter nur als Kulis an, die man sofort, wenn sie auch nur im geringsten eine andere Meinung haben, exmittieren muß. Wir können nur unserer besonderen Freude Ausdruck geben, daß es einmal möglich war, authentisch den Terrorismus Stumms nachzuweisen.

Mit Gott für Bebel und Cumberland. Dies ist die neueste Devise der Hannoveraner Nationalliberalen. Sie zittern nämlich vor dem konservativen Einbruch in die nationalliberale Domäne. In einer Sitzung des Provinzialkomitees verstieg sich ein nationalliberaler Redner zu dem Ausspruch, die „Sozialdemokratie und Welfen würden allein den Vorteil von dem konservativen Einbruch haben und die preußische Devise: Mit Gott für König und Vaterland! müßte dann abgeändert werden in: Mit Gott für Bebel und Cumberland!“ — Könnte richtig sein.

Wann kommt die Zuchthausvorlage? Die Schweinburgischen Berl. Polit. Nachr. sind beauftragt, hierüber folgendes mitzuteilen:

„An dem Entwurfe zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses wird eifrig gearbeitet. Wenn seine Herstellung längere Zeit in Anspruch nimmt, so wird daraus nur auf den großen Ernst geschlossen werden können, mit welchem die Regierung diese Angelegenheit noch mehr als andere zu behandeln gedenkt. Daß der Entwurf dem Reichstage in nicht allzulanger Zeit zugestellt werden soll, darf ebenfalls als gewiß betrachtet werden. Da der Reichstag, wie gesagt, überreichliche Arbeit an den ihm bereits übergebenen Entwürfen hat, so werden seine geschäftlichen Dispositionen hiervon nur Vorteil haben können. Das Ende der diesmaligen Tagung wird dazu bestimmt sein, das gesetzgeberische Fazit aus dem nunmehr schon so oft über den sozialdemokratischen Terrorismus gepflogenen Erörterungen zu ziehen.“

Also an das Ende der Tagung ist die schon so lange und so außergewöhnlich angekündigte Zuchthausvorlage geschoben worden. Wohin ist der kühne Wagenmut, mit dem die Posadowskys gegen das Koalitionsrecht der Arbeiten anstürmten? Hat man auf dem bisherigen Wege so viel Unternehmerterrorismus gefunden, daß man schaudernd wenden möchte, wenn die Furcht vor der Blamage nicht wäre? Denn im Grunde ist es doch nichts weiter, als ein stilles Begräbnis der Zuchthausvorlage, wenn sie am Ende der Tagung des Reichstags präsentiert wird.

Milde Richter. Am Montag kam vor dem Reichsgericht in Leipzig die Revision des Schutzmannes Michael Sattig aus Frankenthal zur Verhandlung. Sattig war von dem Landgericht in Frankenthal wegen Körperverletzung im Amte zu **10** (zehn) Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Ein Einwohner von Frankenthal, Krug mit Namen, ging eines Nachts über eine Brücke und johlte. Als Sattig ihn zur Ruhe ermahnte, schimpfte Krug. Darauf schlug Sattig den Krug mit einem Fuchsschwanz und Krug floh endlich die Treppe von der Brücke hinab. Sattig folgte ihm mit gezogenem Säbel und brachte ihm eine blutende Verletzung bei. Unten an der Treppe stürzte Krug zu Boden und Zeugen hörten einen lauten Krach, woraus sie folgerten, daß Sattig den Krug nochmals geschlagen habe. — In seiner Revision behauptete Sattig, er habe seinen Säbel nur sinken lassen, eine Körperverletzung aber nicht beabsichtigt. Da festgestellt ist, daß er einen hörbaren Schlag geführt hat, verwarf das Reichsgericht die Revision. Es giebt auch noch milde, sehr milde Richter in Deutschland!

Das Rätsel des Zarenmanifestes. Die Kopenhagener „Politiken“ bringt einen sehr sensationellen Artikel über den Zaren. Es wird das Gerücht verzeichnet, daß der russische Kaiser seit Monaten nicht an der Regierung teilgenommen hat, dagegen thatsächlich der Großfürst Michael an der Spitze der Regierung steht. Dieses hochwichtige Ereignis soll schon nach der Publizierung der ersten Abrüstungsnote eingetreten sein. Als Grund werden zwei Versionen angegeben: erstens Gesundheitszwecke des Kaisers, zweitens aktive Schritte, die von gewissen Kreisen aus der Umgebung des Kaisers unternommen wurden.

Die Ursachen des Zarenmanifestes sind bisher im Dunklen geblieben. Es lag am nächsten, anzunehmen, daß die russische Diplomatie einen schlauen Schachzug beabsichtigte, indem sie anderen Staaten, besonders England in seinen Rüstungsplänen Schwierigkeiten zu bereiten gedachte. Eine völlige Aufklärung gab allerdings diese Auffassung nicht, denn die russische Regierung konnte sich kaum darüber täuschen, daß eine ernstliche Gefährdung neuer Militärvorlagen nicht erfolgen würde, wie die jüngste Zeit bestätigt hat.

Ob die obige Nachricht, die freilich aus Kopenhagen stammt, wo man über russische Dinge gut unterrichtet zu sein pflegt, richtiges enthält oder nicht, läßt sich nicht ermessen. Sie würde jener Mutmaßung entsprechen, der zufolge Nikolaus II. unter dem Einfluß falsch verstandener Tolstoischer Lehren und infolge der Lektüre des Bloch'schen Buches gegen den Krieg, wozu sich die Furcht vor der durch eine neue „heilige Allianz“ zu bekämpfende Revolution gesellte, als ein neuer östlicher Romantiker auf dem Thron das Manifest in die Welt geschickt habe. Ist diese Mutmaßung berechtigt, so erklärt es sich, daß die Umgebung des Zaren den phantastischen Ideen ergebenen Gebieter bei Seite zu schieben versucht. Früher arbeitete man am russischen Hofe in ähnlichen Fällen mit Dolch und Gift. Jetzt ist man zivilisierter.

Welche Ursachen und Gründe aber auch das Friedensmanifest erzeugt haben, die europäische Demokratie wird die Verurteilung des Krieges durch den feierlichen Ukas des Selbstherrschers aller Reußen für ihre Friedenspropaganda ausnutzen und gegenüber den reaktionären Friedensvorspiegelungen in unvermindertem Mißtrauen beharren.

Kleine politische Nachrichten. In der Nachersatzwahl zum Reichstage in Bernkastel, die durch den Tod des Zentrumsmanns Dieden sich notwendig machte, wurde der Bürgermeister Biesenbach mit 6000 Stimmen gewählt. Der von den Moselbauern aufgestellte Assessor Müller erhielt 4000 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß sich zwei Zentrumskandidaten gegenüberstanden. — Dem vom Papst gemaßregelten Würzburger Theologie-Professor Schell wurde am Montag beim Erscheinen im Kolleg von den Studenten eine große Ovation bereitet. Schell erwiderte, er strebe nicht nach Opportunität, sondern nur nach Wahrheit, und für diese streite er sein Leben lang. — Dem aus Harburg ausgewiesenen Schlosser Metzler wurde ein Aufschub bis zum 1. Juli gewährt. Der Kunstschlosser Rischmüller, welcher die Harburger Kunst- und Gewerbeschule besucht, wurde durch Magistratsbeschluß von dem ferneren Besuch der Schule ausgeschlossen, weil er in den eingeleiteten Anarchistenprozeß verwickelt ist. Was hat die Kunstschule mit den politischen Ansichten der Schüler zu thun? — Maximilian Harden, der Herausgeber der Zukunft, begiebt sich in den nächsten Tagen nach Weichselmünde, um die ihm wegen Kaiserbeleidigung zuerkannte 6monatliche Festungshaft zu verbüßen. — Der Raubmörder Bogner, der in München verhaftet wurde, war während des Schuhmacherstreiks bei Regensteiner in München als Arbeitswilliger thätig. Eine treffliche Illustration zum Zuchthausgesetz! Solche Individuen verdienen in der That den besonderen Schutz des „Rechtsstaates“. — In Saarbrücken erregt die Verhaftung einer größeren Anzahl von Arbeitern der Stummschen Werke großes Aufsehen. Die Verhafteten werden des Diebstahls und der Hehlerei beschuldigt. Sie sollen Stumm in den letzten 10 Jahren um große Summen geschädigt haben. Es scheint also doch nicht patriarchalisch bei Herrn Stumm herzugehen. — Die Regierung der Filipinos sagt in einer Erklärung, daß sie vor der ganzen zivilisierten Welt bezeuge, daß sie bis zum Tode gegen den Verrat und die rohe Gewalt der Amerikaner kämpfen werden und daß sogar die Frauen an diesem Unabhängigkeitskriege teilnehmen würden.

Ausland.

Frankreich. Der Prinz Viktor Napoleon läßt erklären, daß er mit dem „Staatsstreich“ Derouledes nichts zu thun gehabt habe. Armer Deroulede! Sogar diejenigen desavouieren dich, für die du den Staatsstreich machen wolltest. Die Untersuchung wird noch einige Tage dauern. Am Sonntag wurden in der Kaserne Neuilly die Offiziere vernommen, mit denen Deroulede am Donnerstag in Berührung kam. Merkwürdig war es, vernehmen zu müssen, daß die Offiziere auf die Worte Derouledes sich nicht mehr erinnern konnten. Diese müssen in der That ein recht schwaches Gedächtnis haben. Hätte ein Sozialist sie aufreizen wollen, wäre das Gedächtnis gewiß besser in stand gewesen. Uebrigens hat Deroulede sich zumeist selbst bezichtigt. Am Sonnabend wurden bei einer Anzahl bekannter Nationalisten Haussuchungen abgehalten. Unter den im Antisemitenlokale konfiszierten Papieren befinden sich Briefe Esterhazys und anderer Personen, in denen verschiedene Aktionspläne vorgeschlagen werden. Auch die Papiere des Herzogs von Orleans sind der Polizei in die Hände gefallen.

— In der Dreyfussache ist der Bericht der Revisionskommission, der die Revision der bisherigen Kriminal-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0002

kammer des Revisionshofes entziehen und dem gesamten Kassationshof überweisen will, an die Kammer gelangt. Diese debattierte darüber in heftigen Auseinandersetzungen. Der Antrag der Revisionskommission wird jedenfalls angenommen werden. Die Revision selbst wird dadurch in die Länge gezogen.

Dreyfus, der Gefangene auf der Teufelsinsel, erhielt am 3. Januar den Fragebogen des Kassationshofes betreffend die Angaben Lebrun-Renaults über seine angeblichen Geständnisse. Darius, der Präsident des Gerichtshofs von Guyana, übergab Dreyfus das Schriftstück mit der Bemerkung, daß er 24 Stunden Zeit zur Beantwortung habe. Dreyfus stieß einen langen Schrei der Freude aus und rief: „Endlich kann ich sprechen, endlich kommt meine Unschuld ans Licht!" Dann fügte er schluchzend hinzu: „Danke, mein Herr!" Am nächsten Morgen holte Darius die Antwort ab und brachte sie nach Guyana. — Man befürchtet, daß nach Annahme des Revisionsgesetzes die Oeffentlichkeit bei der Schlußverhandlung ausgeschlossen werde. Das wäre im Interesse Dreyfus und der Revision selbst sehr zu bedauern.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 28. Februar 1899.

* **Einer Beleidigung der königl. Staatsanwaltschaft in Halle** soll sich der Genosse Swienty schuldig gemacht haben. In einer Lokalnotiz der Nr. 34 des Volksblatts vom 9. Februar, die mit den Worten „Die Heuchelei des deutschen Bürgertums" beginnt, erblickt die hiesige Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Parteilichkeit, weil darin auf die auffällige Thatsache hingewiesen wird, daß z. Zt. nur gegen den Motorwagenführer Groth wegen Beleidigung verhandelt worden ist und nicht auch gegen den Fürsten v. Radziwill, der den Groth gleichfalls beleidigt hatte. Am Montag hatte Genosse Swienty Vernehmung in dieser Angelegenheit vor dem Untersuchungsrichter.

* **Von bevorstehenden Reformen im Postwesen** ist beim Amtsantritt des Herrn v. Podbielski viel gefabelt worden. Der Posthusar hat sich sehr viel Zeit genommen, so daß ihm sogar sein Kollege aus dem Kriegsministerium zuvorgekommen ist. An Soldaten adressierte Briefe werden bekanntlich frei befördert, wenn dieselben den Vermerk:

„Soldatenbrief, eigene Angelegenheit des Empfängers."

enthalten. Bis jetzt wurde dieser Vermerk häufig vergessen und der arme Teufel von Soldat mußte die Freude, einen Brief von seine Lieben zu erhalten, ziemlich teuer erkaufen. Das Porto wurde unbarmherzig von ihm eingetrieben, wenn er es nicht vorzog, den Brief uneröffnet an den Absender zurückgehen zu lassen. Anscheinend, um diesem Uebelstande vorzubeugen, hat die Militärverwaltung Marken etwa in der Größe unserer Briefmarken anfertigen lassen, die diesen Vermerk enthalten und auf der Rückseite gummiert sind. Jeder Soldat erhält von diesen Marken eine bestimmte Anzahl mit der Weisung, dieselben an seine Angehörigen zu senden. Diese haben dann nur nötig, die gummierte Marke auf das Kouvert aufzukleben und der Brief ist versandfertig. — Hoffentlich wird Herr v. Podbielski durch diese Neuerung des Herrn v. Goßler endlich veranlaßt, die lange versprochenen Reformen durchzuführen.

* **In der Metallgießerei von Dicker u. Werneburg**, Merseburgerstraße, sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter haben bereits seit längerer Zeit unter den Schikanen des Meisters Pötsch zu leiden. Am Montag entließ derselbe einen Arbeiter ohne jeden Grund. Seine Kollegen, Former, Kernmacher und Hilfsarbeiter, erklärten sich mit ihm solidarisch und forderten seine Wiedereinstellung.

* **Trichinen** fand der Fleischbeschauer Wiedemann in einer Sendung Speckseiten, die von einer hiesigen Firma aus Amerika bezogen worden sind.

* **Angeblich bei einer Schlägerei am Biertisch** sollte nach dem hiesigen Central-Anzeiger der Handelsmann Ernst Schamberger aus Eisleben in Streit geraten und so geschlagen worden sein, daß er nach der Klinik gebracht werden mußte. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, verhält sich die Sache etwas anders. Der Eisleber Handelsmann unterhielt mit der Ehefrau eines halleschen Arbeiters sträfliche Beziehungen und wurde von dem letzteren im trauten tête-à-tête mit seiner Gattin erwischt. Hierbei erhielt er die derbe Lektion, die seine Ueberführung in die Klinik nötig machte.

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters.** Im Walhallatheater verabschieden sich am heutigen Dienstag sämtliche Künstler des bisherigen Spielplanes.

* **Arbeiter-Risiko.** Bei seiner Arbeit wurde dem Schuhmacher Robert Mann von der Lederstanze das Nagelglied des linken Zeigefingers vollständig weggequetscht.

* **Alles schon dagewesen?** Ein hiesiges Blatt berichtet: Der große Weltweise war der Meinung, daß es nichts Neues unter der Sonne gebe, aber was sich gestern im Motorwagen Nr. 33 abspielte, das dürfte denn doch den biederen Ben Akiba Lügen strafen. Kommt da ein wackerer Bauer vom Bahnhof und fragt den Wagenführer, ob er nach Nietleben zu fahre. Auf die bejahende Antwort nimmt er in dem Wagen Platz. Der Fahrgast, der sich im Wageninnern allein sieht, — nur auf dem Vorderperron stehen drei Herren — fühlt sich so zu Hause, daß er sich seiner Stiefel und seiner Unaussprechlichen, noch dazu der einzigen Umhüllung seiner unteren Körperhälfte, in aller Gemütsruhe entledigt. Der Vorgang wird aber von den vorn beim Wagenführer stehenden Herren bemerkt und erregt bei diesen ein homerisches Gelächter. Der Wagenführer, der sich bei dem lebhaften Verkehr in jener Gegend vollständig seinem Wagen widmen muß, gerät in die größte Aufregung und ist außer sich. Unsern Bauer stört das aber nicht im geringsten. Aus seinem Bündel hat er bald eine schöne schwarze Buckskinhose hervorgeholt und sich damit geschmückt, auch der abgetragene, schäbige Rock ist einem seinen schwarzen Sonntagsrocke gewichen, und als der Wagen an der Umsteigstelle vor Leitners Hotel hält, ist die Metamorphose beendet und aus der häßlichen Raupe hat sich der schönste Schmetterling entpuppt. Es war aber auch die höchste Zeit, daß er mit seinem Geschäft zu Ende kam, denn eben rückte er seinen Schlips noch in die richtige Lage, als drei junge Damen den Wagen bestiegen. Der Wagenführer hat nun auch Zeit, unser Bauerlein wegen seines sonderbaren Benehmens energisch zur Rede zu setzen. Der Uebelthäter erklärte ihm aber ruhig: „Ich habe eine Leiche in Nietleben, da wollte ich mir auf der Bahn meinen guten Kittel nicht einsauen und dachte: 's wird sich schon unterwegs 'ne Gelegenheit finden." Natürlich hatte der Mann die Lacher auf seiner Seite. Wer etwa Zweifel an der Wahrheit dieser grausigen Begebenheit hat, der lasse sich die Geschichte vom Fahrer des Motorwagens Nr. 33 erzählen.

* **Adele Sandrock in Halle.** Die K. K. Hofschauspielerin Adele Sandrock hat auf ihrer diesjährigen Gastspiel-Tournee eine Reihe unbestrittener, glänzender Erfolge erzielt. Selten wohl hat eine Schauspielerin so uneingeschränkte, wohlwollende Aufnahme und einmütig ausgezeichnete Beurteilung über künstlerisch Darbietungen gefunden wie Adele Sandrock. Diese Mischung reiner, edler, abgetönter Sprache mit einer unverfälschten Natürlichkeit, die ihr nicht nur im Konversationsstück, sondern auch im hohen, klassischen Drama zu eigen ist, läßt ihre einwandsfreien Triumphe erklärlich und begreiflich erscheinen. Selten hat eine Künstlerin eine so einstimmige Beurteilung seitens der Presse gefunden wie Adele Sandrock. Dieselbe wird am 2., 3. und 4. März im Thaliatheater gastieren und dürften diese drei Abende den Glanzpunkt der diesjährigen Theatersaison bilden. Das Abonnement für dieses Gastspiel ist geschlossen und sind Billets für die einzelnen Gastspielabende bereits im Bureau der Theater-Direktion zu haben.

* **Die Direktion des Apollotheaters** bittet um Hinweis auf das Benefiz des H. Fechtmeister A. Sullivan, das heute, Dienstag, abend stattfindet. Derselbe wird in dieser Vorstellung mit seiner Schülerin Frl. Petöfi Aranka ein regelrechtes Wettfechten vorführen, für den Sieger hat die Direktion des Apollotheaters eine künstlerische Medaille gestiftet, welche aus der Edelschmiede der Herren Kratzke und Steiger hervorgegangen ist.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Zum achtzehntenmale wird am Mittwoch die „Geisha" wiederholt. Die Vorstellung ist im Farbenabonnement (110., rot). Am Donnerstag absolviert Herr Otto vom Stadttheater in Köln sein zweites Gastspiel in der Titelpartie der Oper „Der Postillon von Lonjumeau". Hierauf gelangt das Ballett „Im Reich der Künste" zur Aufführung.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Die Direktion hat sich entschlossen, die Vorstellung am Mittwoch ausfallen zu lassen, um die nötige Zeit zur sorgfältigsten Inszenierung der Stücke zu finden, in denen Adele Sandrock hier gastieren wird. Adele Sandrock wird am Donnerstag, den 2. März, ihr Gastspiel am Thalia-Theater beginnen und wird an diesem Abend als Adrienne Lecouvreur vor dem hiesigen Publikum auftreten. Das Abonnement für dieses Gastspiel ist geschlossen; Billets für einzelne Gastspielabende der berühmten Künstlerin sind bereits im Bureau des Thaliatheaters zu haben. Die nächste Novität des Thaliatheaters wird „Der Schlafwagen-Kontrolleur", ein Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson, sein, welcher augenblicklich allabendlich vor ausverkauften Häusern in Berlin aufgeführt wird. Diese Novität ist äußerst amüsant und unterhaltend und zeichnet sich besonders durch große Decenz aus.

Ammendorf. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend am Beesener Berge. In das dort befindliche Kieslager hatten die Kinder ein tiefes Loch eingegraben, das sie zum Spielen benutzten. Am Sonnabend stürzte die Höhlung ein und begrub den zehnjährigen Sohn des Arbeiters Gröber. Obwohl Hilfe sofort zur Stelle war, ist das arme Kind unter den Sandmassen erstickt.

Merseburg. Aus den besten aller Welten. Der hiesige Korrespondent berichtet: An dem Wassergraben, der von der Weißen Mauer nach dem Eisenbahndamme zu führt, wurde am letzten Sonnabend gegen abend ein alter, verkrüppelter Mann aufgefunden, der am Tage in den benachbarten Häusern um eine Gabe angesprochen hatte. Mehrere Leute gingen achtlos vorüber; der Bauunternehmer Fr. P., der erst gegen 7 Uhr zu Hause ankam, hörte auch von dem unglücklichen Alten, ließ sich von seinen Kindern zu ihm führen und trug ihn, da er weder stehen, gehen noch sprechen konnte, mit einem inzwischen herbeigeholten Exekutivbeamten in seine Behausung, wo er dem offenbar schwer erkrankten Manne ein warmes Nachtlager bereitete. Das Befinden des Fremden war jedoch am Sonntag früh derart, daß seine Aufnahme in das städtische Krankenhaus notwendig wurde. Hätte Herr P. den Kranken am Abend vorher nicht aufgenommen, so wäre derselbe bei den jetzigen kalten Nächten im Freien unfehlbar erfroren.

Plauena. Feuer. In der Nacht zum Dienstag brach in der Schaaf'schen Ziegelei Feuer aus. Das Maschinenhaus und mehrere Schuppen sind abgebrannt. Die Ursache des Brandes, sowie der Schaden ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Zörbig. Ein braver Parteigenosse, der Maler Christoph Koch wurde am Sonntag abend in der Wohnung des Maurers Karl Karbaum vom Schlage getroffen und starb unmittelbar darauf. Ihn betrauert eine Frau und 5 Kinder. Koch war ein aufopferungsfreudiger Kämpfer und hat stets seine Pflicht gethan. Ehre seinem Andenken!

♂ **Naumburg.** Mehr Schwertträger des Magistrats? Die wichtige Frage, ob unsere besonders idealgesinnte Bürgerschaft besser durch Zivil-Nachtwächter oder durch gewappnete Kommunal-Reisige mit Pickelhaube und Sabul geschützt werde, ist unlängst zum — drittenmale entschieden worden. Schon vor einigen Jahren bewies unser Bürgermeister Kraatz, daß es mit Zivil-Nachträten nichts sei, sondern daß an deren Stelle nach und nach Kräfte zu treten hätten, die bereits früher in Uniform anderen vorgezogen wurden. Machten wir uns in dieser Hinsicht einer Unterlassungs-Sünde schuldig, hieß es, so könnten sich gar leicht u. a. auch ganz bedenkliche finanzielle Nachteile für unsere teure Vaterstadt ergeben. — Wahrscheinlich war es diese Befürchtung, die damals entscheidend wirkte und die Stadtväter veranlaßte, wenn auch mit sauersüßer Miene, der „Reform" zuzustimmen. Es dauerte aber gar nicht lange, da bewies unsere regierende Autorität Kraatz wiederum mit überzeugender Beredsamkeit, daß wir — zu Zivilnachwächtern zurückkehren mußten! Die Stadtväter stimmten dem selbstverständlich gern zu, denn sie begegnen nachts beim Heimweg aus der Kneipe, wenn das nicht zu vermeiden ist, wirklich lieber einem Nachtrat als einem Schwertträger des Magistrats. Unter solchen Umständen erregte kürzlich nicht geringes Befremden ein Magistrats-Antrag, der das Institut der Zivil-Nachtwächter von neuem umstürzen und deren Schutzkraft ersetzen wollte durch Verstärkung der Polizeimacht um acht Reisige. Angeregt war diese wahrhaft zeitgemäße Reform durch — den Ersten Staatsanwalt. Welchen Wert hat denn auch ein Hüter nächtlicher Ordnung, wenn ihm nicht einmal das heute ganz besonders wichtige Recht zusteht, einen Uebelwollenden oder Krakehler zu arretieren? Wie können Nachtwächter im Dienst heute gerade des staatserhaltenden Rechtes entbehren, nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung zum Auseinandergehen in eine Zusammenrottung scharf hineinzuschießen oder zu hauen? — War nun auch die Militarisierung der Nachträte früher schon einmal abgelehnt worden, ja hatte sie sich als nahezu unausführbar erwiesen, so ist doch der Gehorsam auch christlicher Magistrate Schmuck! So wurde denn der alte Antrag wiederum eingebracht, ja man widmete, wie übrigens schon früher, der Wachhaftigkeit der Zivil-Nachtwächter ebenfalls eine Kritik, die, wäre sie von uns ausgegangen, wahrscheinlich als grober Unfug oder dergl. — energische Mißbilligung gefunden haben würde. Die Stadtväter erwiesen sich aber hier als stramme und deutsche Männer und lehnten, sogar unter Hinweis auf eine gerade bei Nachtwächtern übel angebrachte Schneidigkeit, die Militarisierung des Nachtwachtdienstes mit großer Mehrheit ab. Bei den heute maßgebenden höheren staatserhaltenden Triebkräften dürfte aber in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen worden sein. Spannt sich Kraatz energisch selber vor, so wird er seinen Willen schon noch durchsetzen.

Kleinere Provinzial-Nachrichten.

Von einem Hunde wurde der Arbeiter Christian Darneberg in Sachswerfen so heftig gebissen, daß er in die hallesche Klinik gebracht werden mußte. — Beim Schieben einer Karre auf dem steilen Schloßberg in Weißenfels fiel der 58jährige Arbeiter Karl Förster so unglücklich auf die Karre, daß er sich einen schweren Bruch des Oberkiefers zuzog. — Beim Beladen eines Wagens wurde auf dem Kaliwerke in Großfurra der Arbeiter Kraul aus Auleben von einer Lowry erfaßt und getötet. — Infolge Explosion eines Spirituskochers erlitt die Frau des Webers Appelt in Eilenburg so schwere Brandwunden, daß sie nach dem städtischen Krankenhause überführt werden mußte. Am Sonntag abend ist die Frau ihren Verletzungen erlegen.

Für die Redaktion verantwortlich: Wilh. Swienty in Halle.

Fortlaufend grosser Eingang hervorragender Frühjahrs- u. Sommer-Neuheiten
in
Kleiderstoffen,
Damen- und Kinderkonfektion, Damenputz und Weisswaren.
Verkauf zu festen, anerkannt billigsten Preisen.
Geschäftshaus
J. LEWIN
Marktplatz 2 und 3. Halle a. S. Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0003

Verkauf zu ausserordentlich billigen Preisen!

Reste-Tage

bis Mittwoch den 8. März.

Halle a. S. **Ültzensche Wollenweberei,** Gr. Ulrichstr. 13/15.

Fabrik und Spezialhaus für Damen-Kleiderstoffe.

Schützenhaus Zeitz.

Zu dem Sonntag den 12. März stattfindenden

III. Stiftungsfest

des **„Vereins der Schlesier“**, bestehend in **Konzert, Theater und Ball** unter Mitwirkung der **Stadtkapelle** und des sehr beliebten Gesangs-Humoristen Herrn **Otto Wohlfahrt**, erlauben wir uns unsere werten Landsleute sowie Freunde und Gönner unseres Vereins, welche mit Einladungskarten übersehen worden sind, hierdurch freundlichst einzuladen.

Anfang 7½ Uhr. Ende 3 Uhr.

Der Vorstand. **C. Illand.**

NB. Kinder haben keinen Zutritt.

Schade's Schützenhaus.

Sonntag den 5. März 1899

Volks-Maskenball.

Die drei besten Damen- sowie die schönste Herren-Maske erhalten wertvolle Prämie.

Karten sind zu haben in Halle, Bärgasse 4 (Kaffeehalle) sowie im Lokal selbst.

Korsetts für Konfirmandinnen

empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Korsettfabrik Bernh. Häni

Schmeerstrasse 2.

Die Illustrierte Welt der Erfindungen.

Eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erwerbs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie, sowie des heutigen Weltverkehrs.

Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von

A. G. Vogt.

In 8 Bänden à 45 Lieferungen mit über 3000 Illustrationen, prachtvoll ausgeführten Tonbildern, Beilagen ꝛc.

erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pf. (oder in Heften à 50 Pfennige).

In Prachtband gebunden à Mk. 6.50.

Prachtleinbanddecke apart à Mk. 1.—.

Ein Buch der Erfindungen ist für jeden Kulturmenschen ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Orientierung in der heutigen wunderbaren Welt der Technik.

Es ist in umfassend angelegt, daß es Auskunft und Erklärung über alles giebt, was die Produktion im weitesten Sinne betrifft. Es ist eine unerschöpfliche Quelle des Wissens für die praktische Ausbildung, und Tausende werden in dem Buche die Mittel und Wege finden, sich nicht nur für ihren Beruf vorzubereiten oder auszubilden, sondern sich auch mit anderen Berufen vertraut zu machen, in die sie durch die Macht der Verhältnisse oder freie Wahl gedrängt werden könnten.

Zu beziehen d. d. Volksbuchhdlg., Bölbergasse 1.

Alle Andsträger nehmen Bestellungen entgegen.

Zu beziehen auch durch die Buchhandlung von A. Leopoldt, Zeitz.

Neues vom Büchermarkt.

Die Emser Depesche, oder Wie Kriege gemacht werden. Mit einem Nachtrag: „Bismarck nickt.“ Von W. Liebknecht. Siebente bedeutend vermehrte Auflage. Preis 35 Pf

Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter. Von Max Schippel. Preis 25 Pf.

Attentate und Sozialdemokratie. Von August Bebel. Preis 10 Pf.

Zu haben in der **Volksbuchhandlung,** Bölbergasse 1.

Lichtdruck-Apparate, neu und gebrauchte, Umänderungen, Kohlenfäure, Ersatzteile u. Reparaturen **Herm. Graegers Nachfolger** Aug. Hoske, Geiststr. 55.

Roßfleisch!

Hochfein, nur bei

H. Böhlert,

Telephon Nr. 900.

Konfirmanden-Anzüge

in hocheleganter Paßform empfiehlt

Leipzigerstraße 36. **Otto Knoll,** oberhalb des Turmes im Pschorr-Bräu, Leipzigerstraße 36.

Die

Deutsch-Amerik. Schuhfabrik

G. m. b. H. Berlin-Schöneberg,

empfiehlt Schuhe und Stiefeln für Konfirmanden.

Großes reichhaltiges Lager nur reeller vorzüglich passender Schuh-Waren.

Unsere Fabrikate werden direkt an das Publikum ohne Zwischenhandel u. unter schriftlicher Garantie der Haltbarkeit verkauft in unserer Hauptniederlage Halle a. S., Leipzigerstr. 84.

Gewerkschafts-Kartell, Zeitz.

Freitag den 3. März abends 8½ Uhr bei **Meineck**, Scharrenstraße

Versammlung.

Tagesordnung: Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zu der morgen abend stattfindenden Bauarbeiter-Versammlung ersuche ich die Maler usw. zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Stadt-Theater zu Halle a. S.

Mittwoch den 1. März 1899

158. Vorst. 110. Abonnem.-Vorst.

Farbe: **rot.**

Die Geisha

oder: Eine japanische Theehausgeschichte. Operette in 3 Akten von Sidney Jones. Anfang 7¼ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Donnerstag den 2. März 1899

159. Vorstell. 111. Abonnem.-Vorstell.

Farbe: **blau.**

Zweites Gastspiel des Tenoristen Herrn **Wilhelm Otto** vom Stadt-Theater in Köln

Der Postillon von Lonjumeau.

Komische Oper in 3 Akten von Adam.

Hierauf:

Im Reich der Künste.

Ausstattungsballett in 1 Aufzug von M. Richard und A. Stahlberg-Wiest.

Thalia-Theater.

Mittwoch bleibt das Theater wegen Vorbereitung zum **Sandrock-Gastspiel** geschlossen.

Donnerstag den 2. März 1899

Erstes Gastspiel

Adele Sandrock

von k. k. Hofburg-Theater in Wien.

Adrienne Lecouvreur.

Burgtheater, Giebichenstein.

Dienstag den 28. Februar 1899

Schloß am Meer.

Mittwoch den 1. März 1899

bleibt das Theater geschlossen.

Mittwoch **Schlachte-Fest** **Oscar Heller,** Steinweg 32.

Sofa, Matratzen billigst. **Karl Zipfel,** Zeitz, Stephanstraße 34.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert.**

Dienstag den 28. Februar

letztes Auftreten

sämtlicher Künstler!

Comtesse de X., die geheimnisvolle Dame mit der Mäuse Löwenbändiger u. mit ihrer Gruppe in Freiheit dressierter Löwen. (Sensationell!) — Die drei **Renards,** Bravour-Gymnastiker an der russischen Doppelleiter. — **The Miltons,** exzentrische Bravour-Gymnastiker am dreifachen Reck. — **Brothers Darnley,** Zahn-Akrobaten. — Das **Stefan-Deltorelli-Trio,** musikalische Verwandlungs-Fantasien. — Die **Roberts-Truppe,** Schatten-Pantomimisten. — Das **Julian-Sextett,** englische Tanz-Singerinnen. — Frau **Lucie Duncan-Chambers,** Konzert- u. Lieddarsängerin. — Herr **Max Walden,** Original-Gesangs-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr

Apollo-Theater.

Telephon 183.

Dienstag den 28. Februar 1899

Ehren-Benefiz für Herrn Armand Sulivian,

k. königl. Fechtmeister.

Letztes Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

The 7 Julians

mit neuen Triks.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Die Direktion.

Fritz Grimm,

„Schellen Ober“, Glauchaerstr. 76,

Zigarren-Versand.

100 Stück 2, 2.50, 3, 3.30, 3.60, 4, 4.50, 5, 5.50.

Weissenfels.

Apollo-Theater.

Direktion: **Adolf Horn.**

Programm vom 1. bis 15. März.

Lucie Verdier, genannt die deutsche Yvette. — **Guilbert,** Schöpferin des deutschen Sprech-Gesanges. — **Braatz-Trio,** großartige Produktionen auf dem Drahtkabel. — Geschwister **Dorellis,** 3 Damen Gesang u. Tanz. — **Charles Duco,** Tanzkünstler. — Clown **Fred,** humorist. Jongleur. — **d'Elfer,** Verwandlungs-Humorist. — Mlle **Bellona,** Instrumentalistin. — Herr **Otto Waldemar,** Humorist u. Stegreif-Dichter.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Preise wie gewöhnlich.

Jeden Sonntag von 11½ bis 1½ Uhr **große Matinee bei freiem Entre** sowie **Nachmittags-Vorstellung** zu halben Preisen.

Achtung für Raucher!

Die Tabakfabrik v. Fr. Döbert Coswig i. A. versendet v. Post

10 Pfd. Portorico Rollentab. f. 5.30 M

10 Pfd. Cottbuser „ f. 4.80 M

franko unter Nachnahme

Jeder Raucher versuche meine Fabrikat und er wird mein dauernder Kunde sein

---

Möbel-Ausstattungen!

Empfehle mein großes Lager aller Arten **Möbel und Polsterwaren** von der einfachsten bis zur elegantesten **Ausstattung** in jeder Preislage!

Verkauf zu den denkbar niedrigsten Preisen.

Unter Garantie!

Auch stets Lager in **gebrauchten Möbeln** aller Arten durch Gelegenheitskäufe!

Billig und reell! Kein Laden!

M. Schemmel,

Jetzt nur Rathausstr. 6.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 51 — Halle a. S., Mittwoch den 1. März 1899 — 10. Jahrg.

Ministerpech.

Der Freiherr v. d. Recke
Spricht traurig: „Ob früh und spat
Ich suche, ich entdecke
Noch immer kein Attentat.

Die ganze Geschichte war Schwindel,
Wie gleich die Nörgler geahnt;
Das Italienergesindel
Hat gar nichts Schlimmes geplant.

Das freut mich als guten Christen,
Als Minister schmerzt es mich sehr:
Man kann auch auf Anarchisten
Sich nicht verlassen mehr!"

(Kladderadatsch.)

Sozialdemokratische Kommunalpolitik.

Mit dem Beginn der Beteiligung an der kommunalen Verwaltung wurde die deutsche Sozialdemokratie vor eine ganze Anzahl neuer, ihr bis dahin unbekannter Probleme gestellt. Ihre Vertreter in den kommunalen Körperschaften haben sich in der kurzen Zeit schnell in ihre Aufgaben hineingefunden und auf fast allen Gebieten kommunaler Thätigkeit ist die Stellungnahme derselben in den einzelnen Städten die gleiche gewesen. Ein Gebiet bildet davon die Ausnahme und zwar eins der wichtigsten: die städtische Finanz- und Steuerpolitik. Dieses Gebiet ist fast noch gar nicht beackert, es scheint eine Art Blümchen Rührmichnichtan. In Steuerfragen haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der einzelnen Städte häufig eine direkt entgegengesetzte, so programmwidrige Stellung eingenommen, und das bis in die neueste Zeit hinein.

So ausführlich die Kommunalprogramme der Sozialdemokratie der einzelnen Städte sonst auch sind, so genau sie unsere Forderungen meist präzisieren, so gut und eingehend vor allem die Begründung der einzelnen Programmpunkte ist, die städtische Steuer- und Finanzpolitik wird in fast allen außerordentlich stiefmütterlich behandelt. Das Programm der hallescheu Sozialdemokratie enthält in dieser Beziehung nur die einzige Forderung: „Wegfall aller indirekten städtischen Abgaben", also eine rein negative, keine positive Forderung. Die Begründung, die seiner Zeit diesem Programmpunkte mit auf den Weg gegeben wurde, ist sehr dürftig; sie lautet:

Daß wir die Erhebung indirekter Steuern auch auf dem Gebiete der kommunalen Finanzpolitik verwerfen, ist selbstverständlich. Jede indirekte Steuer wirkt als Kopfsteuer und ist darum ungerecht und — soweit man den Begriff moralisch überhaupt auf Steuern anwenden kann — unmoralisch. Die zur Unterhaltung eines Gemeinwesens nötigen Mittel müssen nach Maßgabe ihres Einkommens von den Gemeindegliedern erhoben werden. Die Einkommensteuer soll darum wie im Staate so in der Gemeinde die einzige Steuerart sein. Gebudert mag dieselbe werden je nachdem das Einkommen der Hardarbeit entspringt oder dem Gewerbebetriebe oder aus den Zinsen eines Vermögens. Sowohl die besondere Gewerbesteuer als auch die Grundsteuer können in Wegfall kommen, wenn die Einkommensteuer in richtiger Weise und entsprechender Progression erhoben wird.

Abgesehen davon, daß diese Begründung sehr allgemein gehalten ist, steht sie meiner Ansicht nach auch im Widerspruch mit dem Parteiprogramm, wie ich später nachweisen werde.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg, die bekanntlich Weihnachten 1898 in Berlin tagte, ist über den Punkt Städtische Finanz- und Steuerpolitik ohne Diskussion hinweggegangen. Der Referent, Genosse Sonnenburg, empfahl die Fassung des vorher aufgestellten Programms: „Die Gemeindesteuern sind auf direkte Steuern zu beschränken, Ausschluß jeder indirekten Verbrauchs- oder Kopfsteuer", mit wenigen Worten: „Wir verlangen, daß zur Bestreitung notwendiger Gemeindebedürfnisse nur direkte Abgaben erhoben werden, sagte er. Wir müssen bei jeder passenden Gelegenheit der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß die Quelle, aus der wir in der Gemeinde schöpfen wollen, das Einkommen ist, dessen Wesen mehr oder minder in der regelmäßigen Wiederkehr bestimmter Einkünfte besteht . . . Näher auf diesen Gegenstand einzugehen, halte ich für überflüssig. Wir Sozialdemokraten sind grundsätzliche Gegner der indirekten Steuer und brauchen uns über diese Frage nicht gegenseitig zu belehren." Das klang zwar sehr pikant, trifft aber durchaus nicht zu. Ueber unsere Stellungnahme zum indirekten Steuersystem herrscht allerdings keine Meinungsverschiedenheit, dagegen ist unsere Stellungnahme zu den Realsteuern bis jetzt fast noch gar nicht Gegenstand der Diskussion gewesen. Und dies ist doch gerade die erste und wichtigste Quelle, aus der die städtischen Einnahmen fließen. In der Frage der Realsteuern ist auch die Verschiedenartigkeit der Stellungnahme der sozialdemokratischen Gemeindevertreter am deutlichsten hervorgetreten.

Vor allem wäre auf der Brandenburger Konferenz eine eingehende Diskussion darüber am Platze gewesen, was unter dem Begriff „indirekte Steuer" zu verstehen ist, denn so banal es auch klingt, Realsteuern werden häufig genug von unseren Parteigenossen als indirekte Steuern angesehen und aus dieser mißverständlichen Auffassung des Begriffes erklären sich auch die Meinungsverschiedenheiten und die verschiedenartige Stellungnahme unserer Vertreter in den kommunalen Körperschaften. Ein Beispiel hierfür:

In Giebichenstein ist im Vorjahre eine Bauplatzsteuer eingeführt worden. Unsere Vertreter haben dagegen gestimmt. Als vor einigen Wochen diese Steuer vom Gemeindevorstand in einer Sitzung erwähnt wurde, knüpfte der Berichterstatter für das Volksblatt, einer unserer Genossen in der Giebichensteiner Gemeindevertretung, daran einige abfällige Bemerkungen über diese Steuer. Darüber befragt, erklärte er, das sei doch eine indirekte Steuer und ein Eintreten für dieselbe würde eine Zuwiderhandlung gegen das Programm bedeuten. Indirekt sei die Steuer insofern, als der Betrag ja doch auf die Mieten aufgeschlagen würde. Zudem hätten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Giebichensteiner stets die Stellung eingenommen, daß sie bei jeder Gelegenheit für die direkte Einkommensteuer eintraten und sich jeder anderen Steuer gegenüber ablehnend verhielten. Das entspreche allein dem Programm. Dabei ist übersehen worden, daß unser Parteiprogramm nicht nur eine stufenweis steigende Einkommen- sondern auch eine Vermögenssteuer fordert und daß sehr wohl die indirekte Steuer von einer Einkommensteuer unterschieden werden muß. Die wichtigste Einkommensteuer ist die Grundsteuer und da unser Programm eine stufenweis steigende Einkommensteuer fordert, ist auch die Begründung des hallenschen Kommunalprogramms nicht mit dem Parteiprogramm in Einklang zu bringen.

Ist nun die Bauplatzsteuer eine indirekte Steuer? Keineswegs! Es ist eine Realsteuer, eine Einkommensteuer. Wenn für irgend einen Platz ein Bauplan festgesetzt wird, dann steigt der Wert der Grundstücke, ohne daß der Eigentümer derselben auch nur einen Finger dabei zu rühren braucht. Und je näher das Häusermeer an den Bauplatz herankommt, desto größer wird der Wert des letzteren. Wenn nun eine Steuer von dem Bauplatz erhoben wird, so wird dieselbe nicht gezahlt von dem eigentlichen Wert des Grundstückes, sondern von dem ohne Zuthun des Besitzers entstandenen Mehrwert, der durch Maßnahmen der Stadt selbst verursacht worden ist. Verlangt nun die Stadt von dem durch ihre Thätigkeit entstandenen Mehrwert einen Teil als Steuer, so handelt sie vollkommen gerecht, denn es ist nicht einzusehen, warum ein einzelner, oder einzelne wenige auf Kosten der Stadt Hunderttausende einstreichen sollen. Der Einwand, daß die Steuer auf die Mieten aufgeschlagen wird, ist haltlos insofern, als die Bauplatzsteuer nie den entstandenen Mehrwert übersteigen wird, der Besitzer des Grundstückes die Abgabe also gar nicht empfinden kann. Er wird nur gezwungen, einen Teil seines Profites an die Stadt, der er die Wertherhöhung seines Grundstückes verdankt, abzugeben. Daß dem so ist, beweist auch das Sträuben der Hausagrarier und Grundstücksbesitzer

Hervorragend schöne

Kleiderstoffe

für Frühjahr und Sommer in unübertroffener Auswahl von der einfachsten bis zur feinsten Art.

Fortlaufend grosse Eingänge besonders geschmackvoller

Neuheiten in Damen-Konfektion,

Jacketts, Kragen, Regen- und Staubmäntel,
fertige Kleider, Blusen, Morgenröcke, Mädchenkleider etc.

Für

Herren und Knaben

fertige Anzüge, Ueberzieher, Joppen, Havelocks etc.

Auch nach Mass.

Verkauf zu aussergewöhnlich billigen, festen Preisen.

Brummr & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 23.

Gardinen, Portieren, Teppiche, Möbelstoffe, Läuferzeuge, Tischdecken, Bettdecken etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0005

gegen jede Bauplatzsteuer. In Städten mit großer Bauthätigkeit und Ausdehnungsfähigkeit (und welche moderne Großstadt ist dies nicht?) kann die Bauplatzsteuer zu einer ganz hervorragenden Einnahmequelle werden, aus der der Allgemeinheit keine Nachteile, vielmehr die größten Vorteile erwachsen. Die sozialdemokratischen Vertreter in den kommunalen Körperschaften haben darum meiner Ansicht nach die Pflicht, überall auf die Erhebung einer Bauplatzsteuer zu dringen, um so mehr als damit in den meisten Städten die indirekten Steuern in Wegfall kommen könnten, die die Gesamtbevölkerung ungemein bedrücken.

Wenn gegenwärtig eine Straßenregulierung vorgenommen wird, wenn alte Stadtteile eingerissen, neue Straßen und Kanäle angelegt werden, dann muß die Allgemeinheit die Kosten tragen, trotzdem in erster Linie die Haus- und Grundbesitzer den größten Vorteil von derartigen Korrektionen haben. Es wäre nur recht und billig, den Haus- und Grundbesitzern den größten Teil der Kosten aufzuerlegen und zwar durch Erhebung einer direkten Abgabe für den fraglichen Zweck. Hier wird wieder der Einwand gemacht werden, daß die Hausbesitzer nichts Eiligeres zu thun haben würden, als die ihnen so entstandenen Kosten auf die Mieten aufzuschlagen und daß die Allgemeinheit und vor allem die Arbeiterbevölkerung doch der Prügelknabe dabei sein würde. Dieser Einwand ist ebenso haltlos wie der bei der Bauplatzsteuer gemachte. Wird heute ein Stadtteil, oder auch nur ein Straßenzug reguliert, dann steigt der Wert der Grundstücke ungemein. Der Grundstücksbesitzer ist in der Lage, hohe Gebäude mit großen Läden, modernen Wohnungen aufzuführen, ohne daß er für den Boden hätte mehr zahlen müssen. Sein Grundstück verzinst sich mit einem Schlage um das Doppelte, ja dreifache. Wenn nun die Stadt von dem Mehrwert einen Teil abverlangt, um diesen zur Deckung der Kosten der Straßenregulierung zu benutzen, so ist das keine Belastung des Grundstücksbesitzers und kann unmöglich einen Anlaß zur Erhöhung der Mieten geben. Die Mieten werden ja so wie so erhöht, weil gleichsam der Wert der ganzen Straße gestiegen ist. Und schließlich richten sich ja die Mietspreise auch etwas nach Angebot und Nachfrage. Wo eine große Wohnungsnot besteht, da werden die Mieten ungemein höher sein und auch ohne eine Besteuerung gesteigert werden, als in Städten, in denen ein Ueberfluß an Wohnungen vorhanden ist.

In London, dessen kommunale Verwaltung, der Grafschaftsrat, unseren Gemeindevertretern in den meisten Beziehungen vorbildlich sein kann und dessen kommunale Maßnahmen eingehender Studien wert sind, ist das Prinzip der Heranziehung der Grundbesitzer zu den Kosten der Straßenregulierungen bereits seit 1895 durchgeführt und hat sich vortrefflich bewährt. Die Allgemeinheit hat keinen Schaden, sondern den größten Nutzen davon gehabt. Londons Gemeindeverwaltung war Jahre, ja Jahrzehnte lang in dem Fahrwasser der Begünstigung des Hausagrariertums gesegelt, wie wir dies fast überall in Deutschland zu verzeichnen haben, und die Folge war eine immer größere Wohnungsmisere, ein fortgesetztes Steigen der kommunalen Abgaben, das bis zur Unerträglichkeit gediehen. Die Zustände waren unhaltbar geworden. Erst als in den Grafschaftsrat eine progressive Majorität gewählt wurde, da begegnen eine rationelle Steuerpolitik. Straßenregulierungen machten sich in großem Maßstabe notwendig, Geld hierzu war jedoch nicht vorhanden, die Schuldenlast war schon so groß, daß neue Anleihen fast gar nicht mehr gemacht werden konnten. Da wurde man von selbst vor die Frage gestellt: Muß denn die Gesamtheit der Steuerzahler die Kosten der Maßnahmen tragen, von denen die Grund- und Hausbesitzer einen so enormen Gewinn haben? Diese Frage hat den Grafschaftsrat von Anfang seines Bestehens beschäftigt und unter dem Ruf des „Betterment" (Betterment = Verbesserung, Wertsteigerung) ist der Grafschaftsrat in jede Wahlbewegung eingetreten und hat auch jede siegreich bestanden. Nach langen Kämpfen erließ 1895 das Parlament endlich die Betterment Bill und die Begünstigung der Hausagrarier nahm ein Ende. Sehr richtig führte der Grafschaftsrat in der Begründung seiner Vorlage aus: *)

„Die Betterment-Steuer ist überhaupt keine Steuer. Sie ist nur ein Mittel, die durch öffentlichen Aufwand einem Grundstück gegebene Wertsteigerung für die Gemeinschaft aufzufangen, ihr zuzuführen. Sie nimmt den Eigentümern nicht was sie bereits besitzen, sondern sie behält nur ein u Teil zurück, was sie durch die Gemeinschaft anderenfalls erhalten würden. Die Sphäre, welche den Vorteil genießt, soll auch die Sphäre sein, welche die Last trägt."

Was hier von der Betterment steuer gesagt ist, gilt in gleichem, oder noch viel höherem Maße von der Bauplatzsteuer. Heranziehung der Anliegen bei Straßenregulierungen und Erhebung von Bauplatzsteuer müssen darum die zwei Hauptforderungen jedes sozialdemokratischen Kommunalprogramms in Bezug auf die städtische Finanzpolitik sein.

Das Thema ist noch lange nicht erschöpft; es ließe sich noch eine ganze Menge anführen. Heute kann davon jedoch Abstand genommen werden. Diese Ausführungen, die übrigens keineswegs den Anspruch auf Originalität machen, im Gegenteil, zum großen Teil Gemeinplätze sind, sollen nur dazu dienen, die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur städtischen Finanz und Steuerpolitik zur Diskussion zu bringen. Dies erscheint mir für Halle um so nötiger, als wir ja in diesem Jahre Stadtverordnetenwahlen vor uns haben.

Sw.

*) C. Hugo. Munizipal-Sozialismus in England.

Die Prügelstrafe.

Wenn es irgend einen treffenden Beweis für den sozialen Bankrott unserer herrschenden Klasse auf dem Lande giebt, dann ist es der, daß dieselben immer mehr darauf verfallen, die widerspenstigen Geister durch Prügeln der Leiber bändigen zu wollen. Sie glauben selber nicht mehr an die sittliche Macht ihrer Autorität, sie haben nur noch Vertrauen zum brutalen Knüppel.

So äußerte sich jüngst der konservative Abg. von Korn aus Rudelsdorf, gewählt im schlesischen Wahlkreis Wartenberg-Namslau-Oels, Dr. juris, Majoratsbesitzer, Premierleutnant der Reserve im Leibkürassierregiment, wie folgt:

Meine Herren, es gehört ja vielleicht nicht ganz hierher (Abg. Szmula: O doch!) und hat mit der Arbeiterfrage nichts zu tun; aber ich kann mich nicht enthalten, hier einem Gefühl Ausdruck zu geben, das in breiten Schichten des Volkes bereits vorhanden ist. Das ist das Gefühl, daß die einzige Maßnahme gegen die stetig zunehmende Verrohung und den sittlichen Niedergang der Minderjährigen **die Prügelstrafe** ist. (Heiterkeit und Bravo! rechts. Lachen links.) Ich sage in diesem Falle: **Weg mit dem Humanitätsdusel!** Die einzige Möglichkeit, hier human zu sein, ist eben die, daß man zur richtigen Zeit die richtige Strafe anwendet, und es gibt so viele Fälle von Rohheitsverbrechen, **wo die Prügelstrafe die einzig richtige ist.** (Lebhafte Zustimmung rechts. Zuruf und Lachen links.) Nicht wahr, **das Herz lacht Ihnen** (nach links gewendet) **auch im Leibe**, wenn wir einmal daran denken, daß **wir solche grauenhaften Zustände bekommen können?!** (Lachen und lebhafte Rufe links: Natürlich Peitsche! Abg. Goldschmidt: Sie möchten sie schwingen!)

Es war erfreulich, daß **ihm der freisinnige Abgeordnete Dr. Max Hirsch** erwiderte:

Ich bin überzeugt und stütze mich da auf Erfahrungen der größten Sachkenner, daß Prügel das beste Mittel ist, um die Bestrafung herbeizuführen und zu erhöhen (Sehr richtig! bei den Freisinnigen; Zurufe rechts), nicht bloß für Erwachsene, sondern auch für Kinder. Es war für mich einer der schönsten Tage, als ich von pädagogisch-autoritativer Seite erfuhr, es sei sehr wohl möglich, ja das einzig richtige, die Kinder ohne Prügel zu erziehen!"

Aber die Worte hielten den neuen Präsidenten des Bundes der Landwirte, Abg. v. Wangenheim, nicht ab, das Folgende im Reichstage zu sagen:

Meine Herren, die Prügelstrafe ist ja ein wunderschönes Thema. Es gehört, wie gesagt, nicht hierher; aber ich glaube, daß ein großer Teil unseres Volkes sich heute schon darüber klar ist, daß man den Humanitätsdusel nicht so weit treiben darf, um bei bestimmten Rohheitsverbrechen nicht auch mal zu dem ganz allein brauchbaren Mittel der **ungebrannten Asche zu greifen**; es würde das sehr wesentlich von Vorteil sein. (Bravo! rechts.)

Und endlich trat als dritter im Bunde für die Prügelstrafe der konservative Abg. v. Loebell ein, der Wahlkreisgegner des Genossen Peus, welchem dadurch eine vorzügliche Waffe für die Agitation in die Hand gedrückt wurde. Herr Landrat v. Loebell sagte:

„Im übrigen kann ich auch hier frei und offen erklären, daß ich die Anschauung, wie sie ausgesprochen ist von Herrn v. Korn, vollständig billige (Bravo! rechts), und ich nehme gar nicht im geringsten Anstand, auch meinen Wählern gegenüber zu vertreten, daß ich bei der zunehmenden Verrohung seitens der jungen Burschen die Prügelstrafe für **tatsächlich** für das **einzig richtige halte.** (Sehr gut rechts, Zurufe links.) Ja, meine Herren, Ihre Entwürfe können Sie ja nachher vielleicht noch länger entwickeln; ich nehme von dem nichts zurück, was ich erklärt habe, und vertrete das in vollem Umfange."

Für heute wollen wir uns damit begnügen, diesen konservativen Prügelverehrern entgegenzuhalten, daß der jetzige Leiter der Strafanstalten im preußischen Ministerium des Innern, frühere Direktor der Strafanstalt Moabit, Krohne, in seinem Lehrbuch der Gefängniskunde, Disziplinarstrafen, welche, wie Lattenarrest und körperliche Züchtigungen, durch Mißhandlung des Körpers eine möglichst abschreckende und bändigende Wirkung erzielen sollen, einen „Ueberrest aus barbarischer Unkultur" genannt hat. Thatsächlich hat auch Herr Krohne s. Z. als Leiter der Strafanstalt zu Moabit weder körperliche Züchtigung noch Lattenarrest zur Anwendung gebracht. Er schreibt:

„Es ist ein vollständiges Verkennen der roben Verbrechernaturen, wenn man glaubt, daß die Aussicht auf einen intensiven körperlichen Schmerz sie von einem Ausbruch ihrer Bosheit oder Leidenschaft abhalten würde; sie haben gewöhnlich in ihrem Leben von Kindheit auf schon so viel Prügel bekommen, haben sich in Raufkneipen die Köpfe und Gliedmaßen dermaßen zerschlagen lassen, daß die Furcht vor einer neuen Dosis Prügel, und wäre sie auch noch so heftigen Streichen verbunden, sie nicht abhält, oder ihren bösen Willen bricht."

Krohne schildert dann auch die Wirkung der Prügelstrafe auf die mit der Ausführung beauftragten Beamten.

„Die Wirkung ist auf den Zuschauenden ein unglaublicher Ekel, auf den Hauenden ein Gefühl unwürdigen Zornes, daß er dazu verdammt ist, mit kaltem Blute auf das wehrlos vor ihm liegende Menschenkind loszuschlagen. Wird der Beamte dabei dazu kommandiert, so sinkt er in der Achtung seiner Kameraden, verroht und verkommt. Man findet nicht selten, daß die betreffenden Beamten dem Trunke ergeben sind."

Wir werden demnächst einmal den psychologischen Nachweis für die Verwerflichkeit der Prügelstrafe bringen.

Gewerkschaftliches.

5. Verbandstag der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.

In der Zeit vom 20. bis 22. Februar fand in Magdeburg der 5. Verbandstag statt. Vertreten waren 44 Wahlbezirke mit 66 Delegierten. Außerdem nimmt noch das Mitglied der Generalkommission Sabbath an den Verhandlungen teil. Der Geschäftsbericht konstatiert eine Verbesserung der Lage der Bauarbeiter. Seit 1896 ist die Zahl der Zahlstellen von 61 auf 125, die Zahl der Mitglieder von 4000 auf 10000 erhöht. 1897 wurden 10829 14 M. für Streikunterstützungen verausgabt, 1898 dagegen 51150.14 M. Auch an Strafen hat es nicht gefehlt. Infolge von Streiks sind in den beiden letzten Jahren über 42 Kollegen 4 Jahre 1 Monat 3 Wochen 2 Tage Gefängnis, 13 Wochen Haft, 153 M. Geldstrafe verhängt, außerdem erhielt 1 Kollegen wegen „groben Unfugs" 1 Woche Haft und 153 M. Geldstrafe. Die Kämpfe erforderten so viel Ausgaben, daß der Vorstand 10000 M. Unterstützung beschaffen mußte. Zur Deckung dieser Summe wurde ein Extrastuer ausgeschrieben, die 6322 M. ergab. Für Rechtsschutz sind 472 M. gezahlt worden. Das Verbandsorgan konnte bei seinen 14 tägigen Erscheinen dem Bedürfnis der Organisation nicht genügend Rechnung tragen, weshalb ein achttägiges Erscheinen und die Anstellung eines Redakteurs nötig machte. Der Verband hatte 1897 eine Einnahme von 37501.96 M., eine Ausgabe von 23232.76 M., einen Bestand von 14269.20 M.; 1898 eine Einnahme von 100442.14 M., eine Ausgabe von 77472.22 M., einen Bestand von 22969.92 M.

Nach einer Diskussion über den Geschäftsbericht, in welcher von mehreren Seiten die Redaktion des Verbandsorgans bemängelt wurde, gelangte nach eingehender Debatte folgende Resolution Lange zur Annahme:

„Der 5. Verbandstag der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter erkennt wiederum ausdrücklich an, daß die Bauarbeiter nur unter sich organisiert dem von den gesamten Kapitalisten unterstützten Unterschmertum nicht mit solchem Nachdruck entgegentreten können als wenn sie mit den Maurern zusammen in einer Organisation vereinigt wären, die Interessen der in der Bau Industrie thätigen Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Bau- und Hilfsarbeiter) wären gen einschaftlich bedeutend besser gewahrt.

Der Roman einer Verschwörung.

Von A. Ranc.

Ins Deutsche übertragen von Marie Kunert.

46] (Nachdruck verboten.)

„Auf Deine Ehre und Gewissen, glaubst Du, daß es ohne die Hilfe des Marschalls noch eine Möglichkeit, eine einzige, giebt?"

„Keine," antwortete Philopoemen. „Wenn Decius noch lebte, wäre es Tollheit, aber es giebt tolle Wagnisse, die gelingen. Da Decius tot ist, giebt es keine Möglichkeit, ich wiederhole es Dir, nicht eine einzige."

„Es ist gut."

Rochereuil sprach nur dieses Wort, dann setzte er sich und stützte den Kopf in die Hände.

„Ich werfe mich auf dieses Bett," sagte Philopoemen zu dem Abbé, ich werde versuchen eine Stunde zu schlafen, denn ich fühle, daß ich sonst ohnmächtig werde. Ueberlegt alles, meine Freunde, und wenn Ihr einen Entschluß gefaßt habt, werdet mich. Ihr wißt, was mir an Kraft bleibt, gehört Euch. Befiehlt darüber."

Dann schritt er wankend auf das Bett im Hintergrund des Zimmers zu und ließ sich hineinfallen. Man schrieb den 22. Oktober, und seit dem 17. Oktober war er ganze Tage lang zu Pferde gewesen und hatte in den Nächten kaum eine oder zwei Stunden geruht. Bald war er tief eingeschlafen.

XXII.

Rochereuil und der Abbé sahen sich mit verzweifelter Miene an. Keiner hatte den Mut, zuerst zu sprechen.

Endlich fand Rochereuil auf.

„Ich werde unsere Freunde suchen," sagte er. „Wir müssen ihnen die Wahrheit sagen und mit ihnen beraten."

Als alle fünf beisammen waren, setzte Rochereuil ihnen die Lage auseinander, ohne etwas zu verbergen.

„Meine Herren," sagte er zum Schluß, „Georget und ich vertreten hier die Zensur der Gesellschaft. Die Statuten ermächtigen uns, allein eine Entscheidung zu treffen, aber der Fall ist zu ernst, und Sie sind zu sehr dabei beteiligt, so daß wir diesmal von unserem Recht keinen Gebrauch machen werden."

Einer der blauen Brüder nahm das Wort.

„Bürger Rochereuil," sagte er, „es sind zwei Punkte in Betracht zu ziehen, zuerst die Sache selbst und dann unsere persönliche Lage. Ich glaube, wir müssen über beide Punkte getrennt verhandeln. Bürger Rochereuil, Sie haben bis jetzt die Leitung des Unternehmens gehabt. Sie kennen seine Stärke und seine Schwäche. Es ist also an Ihnen, Ihre Meinung abzugeben."

„Es sei," antwortete Rochereuil. „Wohlan! Was die Sache selbst anlangt, so ist alles in Gefahr, alles verschoben, aber nichts verloren. Bis zu Napoleon zu gelangen ohne die Hilfe, welche wir hier bei einer mächtigen Persönlichkeit finden sollten, ohne den Freund, den wir verloren haben, ist unmöglich. Decius ist tot, meine Herren, er ist den Wölfen geopfert worden. Der Marschall verrät uns. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, die Thätigkeit in der Armee und durch die Armee ist uns künftig unmöglich gemacht. Sehen Sie den Offizier, der dort, von Müdigkeit überwältigt, auf dem Bette schläft? Er ist der letzte, der uns von unseren militärischen Sektionen bleibt, der letzte, höchstens wohl: es bleibt uns niemand als er!

Hier bebte Rochereuils Stimme wider Willen. Man sah, daß er sich Gewalt antrat, um seine scheinbare Unbeweglichkeit zu bewahren.

„So besteht also," fuhr er fort, „über den ersten Punkt kein Zweifel. Alle unsere Anstrengungen müssen sich jetzt auf Paris richten. Es ist ein beträchtliches Stück Arbeit eine schwierige Aufgabe! Alles muß von vorn angefangen werden."

„Aber," fragte der blaue Bruder, der schon gesprochen hatte, „sollten die Pariser Sektionen nicht zu gleicher Zeit mit uns vorgehen?"

„Glücklicherweise nicht; der Führer des Aktionskomitees wird sich nicht eher rühren, als bis er Nachrichten von uns erhalten hat. Es wird sogar gut sein, Bürger, daß einer von Ihnen sich aufmacht und ihm mitteilt, was wir ihm beschließen. Ach, alles versagt mit einem Male und wir sind ausschließlich auf unsere eigenen Kräfte angewiesen! Die französische Armee kann sich nicht mehr halten. Sie wird sich an den Rhein zurückziehen. Die Bataillone, die in diesen drei Schlachttagen vernichtet worden sind, waren die Reserve Frankreichs. Es giebt keine Männer, keine jungen Leute mehr. Frankreich ist erschöpft."

„Frankreich hat den letzten Mann und den letzten Sou hingegeben. Bonaparte wird keine neue Armee aus der Erde stampfen können. Wenn selbst Männer dazu vorhanden wären, so würde ihm die Zeit dazu fehlen, denn die Verbündeten werden ihm nicht Atem schöpfen lassen. Sie wissen jetzt, wie man mit diesem Gegner umgehen muß. Sie sind im Stande, erst vor Paris Halt zu machen. Ein neuer Feldzug wird vielleicht genügen. Ist dieser Stunde ist Napoleon besiegt; er wird sich nicht wieder auftreffen. Die Marschälle und Fürsten des Kaiserreichs suchen schon das Hinterpförtchen.

Heute morgen sprach man in einer Gruppe von Offizieren darüber, daß Marmont die Armee verlassen und nach Italien zurückkehren würde. Ja, Bonaparte ist verloren, und um seinen Sturz mit anzusehen, brauchen wir nur ruhig die Arme zu verschränken und zuzusehen. Doch wenn Bonaparte vom Auslande besiegt ist, so bedeutet das so viel wie die Zerstückelung Frankreichs und die Restauration der Bourbons! Wollt Ihr das? Kämpfen wir für dieses Resultat seit zehn Jahren?"

„Nein, nein!" riefen die blauen Brüder wie aus einem Munde.

„Wir sind einig, Bürger. Unerwarteter Verrat verurteilt uns hier zur Unthätigkeit. Es sei, die blauen Brüder werden jetzt in Paris selbst vorgehen. Eine Ueberrumpelung ist dort ebenso leicht wie hier. Aber, meine Herren, bevor wir weiter gehen, müssen wir in unserem und der Sache Interesse an uns denken, da wir hier auf verlorenem Posten stehen. Ich verhehle Ihnen nicht, unsere Lage ist ernst.

„Ja, unsere Lage ist ernst. Männern, wie Sie es sind, verhehlt man die Wahrheit nicht. Für den Augenblick haben wir hier nichts zu fürchten. Aber in einigen Tagen, morgen vielleicht schon, wird es nicht mehr so sein. Sie wissen, daß wir überwacht wurden und zwar durch die Polizei des Herzogs von Rovigo und die des Kriegsministers. So vorsichtig wir gewesen sind, so kann unsere Reise durch Frankreich und einen Teil Deutschlands doch signalisiert worden sein. Aber hier liegt nicht die größte Gefahr. In demselben Augenblick, da wir uns auf den Weg machten, ließen fünf unserer Brüder sich freiwillig verhaften, um die Polizei auf eine falsche Spur zu leiten in dem Falle, daß unser Plan und unsere Abreise signalisiert worden wären. Dieses Manöver, das vor der Ausführung unseres Planes vortrefflich war, wird jetzt, da wir gescheitert sind, eine lästige Fessel. Unsere Freunde werden sich genau an die Instruktion halten, dessen bin ich sicher. Nichtsdestoweniger hat die Polizei durch sie den ersten Ring unserer Kette in der Hand. Endlich, und das ist die größte Gefahr, genügt ein Zufall, ein unbedeutender Zwischenfall, um unsere Flucht aus dem Gefängnis bekannt zu machen."

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Neulich sagte Serenissimus zu einem Professor der Astronomie: „Ach, äh . . . mein Lieber . . . am Dienstag eminente Mondfinsternis gewesen . . . traf sich sehr glücklich . . . das schöne Wetter . . . und . . . äh . . . daß gerade Vollmond war."

Ein anderes Mal war Serenissimus sehr krank. Nach glücklich überstandener Krise ließ er sich einen Spiegel bringen. Er sah sich darin und verzog das Gesicht: „Neh, äh, sehe ich aber dämlich aus!"

An demselben Tage hieß es im Bulletin: „Gefahr geschwunden Serenissimus bei vollem Bewußtsein." (Simplicissimus.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0006

als wenn jede Branche für sich allein vorgeht und dadurch ihre Kräfte zersplittert. Da der 4. Verbandstag jedoch schon vor zwei Jahren an den Verbandstag der Maurer mit dem bestimmten Wunsche herangetreten ist, in deren Organisation mit aufgenommen zu werden, so bedauert der 5. Verbandstag, daß die Maurer diesen Wunsch zurückgewiesen haben. Er bedauert dies um so lebhafter, weil man in ziemlich nichtachtender Weise unsere Resolution dem Vorstande zur Berücksichtigung überwies. Trotzdem erklärt der 5. Verbandstag, unentwegt auf seinen Wunsch zu beharren und fordert wiederum ganz energisch die Aufnahme der Bauarbeiter in die Organisation der Maurer, weil die Notwendigkeit bei den Kämpfen in den letzten Jahren in der eklatantesten Weise erbracht ist."

Der zweite Verhandlungstag wird fast ausschließlich mit Statutenberatung ausgefüllt. Die Reiseunterstützung wird von 75 Pfg. auf 1 Mark erhöht. Lange-Hamburg beantragt die Einführung eines Streikreglements. Die Delegirten erklären sich im Prinzip dafür. Das Streikreglement bestimmt in §§ 1 und 2, daß Streiks einen Monat vor Ausbruch dem Vorstande angezeigt werden müssen und der Genehmigung des Vorstandes bedürfen. Nach der Begründung sind diese Bestimmungen zwecks Vermeidung planloser Streiks in das Streikreglement gesetzt worden. Es sei vielfach vorgekommen, daß nur die Stimmung einer öffentlichen Versammlung maßgebend gewesen ist zur Inszenierung eines Streiks, aus dem schließlich ein Generalstreik entstand.

Die Mehrheit der Delegirten erteilte denn auch dem Vorstande das Streikgenehmigungsrecht und beschloß außerdem noch, daß ein Streik nur von der in Frage kommenden Zahlstelle des Verbandes und nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann; die Abstimmung muß eine geheime sein. Auch die Bestimmung über die Pflicht der Zahlstellen, jeden Streik einen Monat vor Ausbruch dem Vorstande anzuzeigen, wurde angenommen.

Nach einer kurzen Begründung wurde alsdann dem Vorstande das Recht gegeben, jeden Streik durch einen Abgesandten kontrollieren zu lassen und die Genehmigung wie Unterstützung eines Streiks von den jeweiligen Arbeitsverhältnissen und der Stärke der Organisation, sowie den zur Unterstützung vorhandenen Mitteln abhängig zu machen. In § 13 will der Hauptvorstand die Unterstützungsberechtigung von einer 26wöchentlichen Beitragsleistung abhängig machen. — Bremen beantragt, daß bei einem Streik nur die Mitglieder Unterstützung beanspruchen dürfen, welche vor dem Streik 16 Wochen dem Verbande angehörten. Die Delegirten nehmen beide Anträge mit dem Zusatz an, daß der Vorstand in außergewöhnlichen Fällen berechtigt ist, Unterstützung auch bei kürzerer Zeitdauer der Mitgliedschaft zu gewähren. Die Festsetzung der Höhe der Unterstützung ist Sache des Vorstandes.

Nach längerer Debatte wird weiter beschlossen: Kinder unter 14 Jahren erhalten in Streikzeiten einen wöchentlichen Zuschuß gezahlt; eine Erhöhung der Unterstützung aus Mitteln, die außer den vom Vorstand gesandten zur Verfügung stehen, ist nicht erlaubt; bei der Streikunterstützung ist ein Unterschied zwischen Ledigen und Verheirateten nicht zu machen; die ersten acht Tage erhalten die Mitglieder die Hälfte der durch § 14 (bezw. Hauptvorstand) festgesetzten Höhe. Nach Erledigung dieser Paragraphen wird die gestern von den Berliner Delegirten eingebrachte Resolution gutgeheißen, somit den Berlinern in Sachen der Lohnbewegung ein Referatrecht eingeräumt.

Ueber die Delegation zu den Verbandstagen wird beschlossen, daß Zahlstellen mit 200 bis 400 Mitgliedern einen Delegirten und diejenigen über 400 Mitglieder zwei Delegirte entsenden.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Gründung eines Unterstützungsstatuts, wird nach längerer Debatte folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die Generalversammlung erklärt sich im Prinzip für Gründung einer Unterstützungseinrichtung innerhalb der Organisation, nimmt aber heute von einer bestimmten Beschlußfassung Abstand, weil der Generalversammlung jegliche Unterlage über die einschlägigen Verhältnisse fehlt. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, während seiner Geschäftszeit Material zu sammeln und dieses der nächsten Generalversammlung vorzulegen. Gleichzeitig verpflichten sich die Delegierten für die korrekte Durchführung der hierbei in Frage kommenden statistischen Aufgaben Sorge zu tragen.

Bei der Wahl der Geschäftsleitung des Verbandes wird gewählt als erster Vorsitzender **Krens**-Hamburg, als Kassierer **Lange**-Hamburg, als Redakteur **Töpfer**-Hamburg. Als Delegirte des nächsten Gewerkschaftskongresses werden Krens-Hamburg und Renntbaler-Berlin gewählt. Zu Revisoren werden Drews-Hamburg, Albrecht-Kiel, Gröning-Schwerin bestimmt. Damit sind die Aufgaben des Verbandes erledigt. Vorsitzender Krens weist in seinem Schlußwort auf die in Aussicht stehenden Kämpfe hin, mahnt zum ruhigen Handeln und schließt mit einem begeisterten Hoch. — Der nächste Verbandstag findet in Braunschweig statt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Ein sozialdemokratischer Reichstagskandidat** muß doch italienisch können, mit dieser Begründung wurde s. Zt. der Maurer **Schoch** vom Landgericht in Magdeburg zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er ein italienisch geschriebenes Flugblatt mit angeblich aufreizendem Inhalt verbreitet hatte. Das Reichsgericht hat seine und seines Kollegen Hünig Revision verworfen.

§ **Mecklenburgisches.** Ueber „Wahrheit und Recht" darf im Obotritenlande nicht gesprochen werden! Genosse **Groth** wollte über obiges Thema in **Doberan** einen Vortrag halten, der dortige Bürgermeister aber verbot die Versammlung weil sie eine solche zu politischen Zwecken sei. Es ist interessant, daß das bürgermeisterliche Gehirn keine andere Ansicht zuläßt als die, daß, wenn in Mecklenburg über „Wahrheit und Recht" gesprochen wird, dabei die Art, wie unsere heimischen Junker und Junkergenossen der Wahrheit und dem Recht Gewalt anthun, bloßgestellt würde.

Stadtverordneten-Sitzung

vom Montag, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher Kommerzienrat **Bethcke** giebt ein Schreiben der Gebrüder Körting, Hannover (Gasmotorenfabrik), bekannt, in dem zur Errichtung der elektrischen Zentrale Gasmotoren in beliebiger Pferdestärke empfohlen werden. Die Offerte wird der Kommission der Zentrale überwiesen. Sodann wurde das Protokoll der Sitzung vom 20. Februar verlesen und genehmigt und dann in die Tagesordnung eingetreten.

Zum Punkt 1 wird ein **Gutachten der Baukommission** über die Probebänke für die Mittelschule in der Klosterstraße abgegeben. Man hat sich für die sogen. Rettigschen Schulbänke, für deren Beschaffung 17 304 Mark bewilligt worden sind, entschieden. Punkte 2 und 4 werden einstweilen vertagt, und Punkt 3, Verpachtung eines Platzes für Aufstellung eines Panoramas, wird vom Magistrat zurückgezogen.

Punkt 5: **Die Genehmigung des Entwurfs** zu dem mit dem Herrn Dr. Klingenberg abzuschließenden Vertrage bezüglich des Projektes zur Errichtung der Zentrale geschieht nach der Durchberatung der einzelnen Paragraphen. Herr Dr. Klingenberg bekommt 19 000 Mark und hat das Projekt bis zum 15. April 1899 fertigzustellen.

Im Punkt 7 wird der **Haushaltsplan der Kämmerei** für 1899 festgesetzt. Den einzelnen Kapiteln, Grundeigentum, Berechtigungen Gemeindeanstalten Kapital- und Schuldenverwaltung, Allgemeine Verwaltung und Polizeiverwaltung wird die Zustimmung erteilt. Bemerkenswertes kam bei Verhandlung dieser Punkte nicht zur Sprache.

Punkt 4: **Einem Vergleiche** mit der Gemeinde Giebichenstein in einer Bauplatzsteuersache wird die Zustimmung erteilt. Es handelt sich um die Verpachtung des Pfarrackers zu Giebichenstein, der im Jahre 1873 für rund 79 000 M. erworben ist, und dessen Wert sich gut verdreifacht hat.

Punkt 2: **Die Ausbaubedingungen** für die Straße S im südlichen Bebauungsplan werden genehmigt und ein diesbezüglich mit dem Kaufmann Gebhardt vereinbarter Vertrag wird gutgeheißen.

Punkt 6: **Der Haushaltsplan des Stadttheaters** für 1899 wird, wie üblich festgesetzt. Derselbe stimmt in Einnahme und Ausgabe mit 51 130 M überein.

Punkt 8: **Die Rechnung der v. Ritzenbergschen Stiftung** für 1897/98 liegt zur Entlastung vor. Dieselbe ergiebt in Einnahme 10 286 33 M., in Ausgabe 10 459 55 M. und erfordert mithin einen Vorschuß von 173 22 Mark. Die Entlastung wurde erteilt.

Punkt 9: **Die Rechnung der Kefersteinschen Stiftung** wird ebenfalls entlastet. Sie ergiebt in Einnahme 1010.46 Mark, in Ausgabe 1010.90 Mark, und erforderte einen Vorschuß von 44 Pfennigen.

Punkt 10 und 11 betrifft **Entlastungen** der Rechnungen der Gottesackerkasse und der Brumhard-Stiftung. Die erstere ergiebt in Einnahme 102 558.75 M., in Ausgabe 102 090.73 M.; Bestand 468.02 M., und die letztere in Einnahme 5555.14 M., in Ausgabe 5527.85 M.; Bestand 27.29 M.

Punkt 12: **Zur Ausschreibung der Direktorstelle** des Elektrizitätswerkes beantragt der Magistrat eine Gehaltsskala von 6000 bis 7500 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um 500 Mark, nebst freier Wohnung, Heizung, sowie Pensionsberechtigung und Reliktenversorgung mit der Maßgabe zu genehmigen, daß auswärtige Dienstzeit angerechnet werden kann und die Festsetzung einer Probedienstzeit und die Dauer derselben der Entschließung der städtischen Kollegien vorbehalten bleibt. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu. — Darauf geschlossene Sitzung.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, den 27. Februar 1899.

Eigentümliche Schulzustände scheinen in dem Dorfe Wimmelburg bei Eisleben zu bestehen, wie aus einer Verhandlung gegen die Reinemachefrau Karoline **Ehricht**, die vom Schöffengericht Eisleben wegen Hausfriedensbruch zu 9 Mark Geldstrafe event. 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden, hervorging. Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt und auch die Angeklagte Berufung eingelegt. Der Gerichtsvorsitzende ersuchte die Angeklagte vor Eintritt in die Verhandlung, die Berufung zurückzunehmen mit dem Hinweise, daß auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt habe und die Strafe event. noch härter ausfallen könne. Die Angeklagte ließ sich aber nicht einschüchtern und verlangte die nochmalige Untersuchung der Sache. Die Angeklagte ist vom Ortsschulzen beauftragt, an bestimmten Tagen die Schulzimmer zu reinigen, und erschien am Freitag, den 9. September, morgens gegen ¼11 Uhr in dem Klassenzimmer des Lehrers Böttcher, um die Fenster zu putzen. Laut Vorschrift der Schulordnung soll sie nun allerdings die Klassen nicht zum Reinigen betreten, sobald noch Schulunterricht abgehalten wird. Am fraglichen Tage waren noch einige Kinder in der Klasse, die zum Nachsitzen verurteilt waren. Diese Kinder sollten aber nur bis 10 Uhr festgehalten werden, wovon die Angeklagte Kenntnis erhalten hatte. Da die Kinder unbeaufsichtigt waren und von den Lehrern beim Nachsitzen zuweilen vergessen wurden, machte sie sich trotz der Anwesenheit der Kinder an ihre Arbeit. Bald darauf erschien aber der Hauptlehrer Lüttich, dem die Oberaufsicht der Schule obliegt, und redete die Angeklagte, mit der er stark verfeindet ist, mit den Worten an: „Scheren Sie sich hinaus." Die Angeklagte ging aber nicht und setzte ihre Arbeit fort, worin der Hausfriedensbruch erblickt worden. Bald nach jenem Auftritte erschien der Klassenlehrer Böttcher, der inzwischen in einer anderen Klasse Unterricht erteilt hatte, und entließ die Kinder. Interessant, aber nicht schön war es mit anzuhören, als der als Zeuge vernommene Hauptlehrer sagte: Wenn die Unterricht erteilenden Lehrer die nachsitzenden **Kinder vergessen** dann werden die Kinder von mir entlassen. Der Klassenlehrer Böttcher erklärte, den unbeaufsichtigt gewesenen nachsitzenden Schulkindern am genannten Tage mitgeteilt zu haben, sie sollten um 10 Uhr die Schule verlassen; er habe zu jener Zeit in einer anderen Klasse Unterricht erteilen müssen. Der Hauptlehrer war der Meinung, daß die Kinder auch bei dem Nachsitzen beaufsichtigt werden und nach Beendigung der Stunde vom Lehrer persönlich entlassen werden müssen. Jedenfalls, das ist unsere Meinung, haben aber die Lehrer in der Eislebener Gegend so viel zu thun, daß sie sich um die nachsitzenden Kinder gar nicht bekümmern können. Die Kulturaufgaben leiden bekanntlich nicht. Das Resultat der Verhandlung war, daß der Staatsanwalt seine Berufung zurücknahm und die Angeklagte, die eingangs ersucht wurde, ihre Berufung zurückzunehmen, **freigesprochen** wurde. In der Urteilsbegründung hieß es, daß bei dem Nachsitzen der Kinder nicht einheitlich verfahren werde und die Angeklagte sich berechtigt halten konnte, in der Schule zu verweilen.

Das Messer hatte wieder die Veranlassung gegeben, weshalb der 18jährige Lederfärber Otto **Kawaleck** wegen Roheits Vergehens unter Anklage stand. Er hatte in der Nacht vom 14. November v. J. in der Nähe der Reilsburg in Giebichenstein dem Geschirrführer **Fröhlich** einen Stich in die rechte Wange versetzt, so daß eine 2½ Zentimeter lange Fleischwunde entstanden war. Der Angeklagte ist gleich nach der That verhaftet und das Messer beschlagnahmt worden. Der Staatsanwalt beantragte 6, der Gerichtshof erkannte aber auf 8 Monate Gefängnis.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen die Kohlgärtnergehilfen Hermann **Stollberg** u. Edmund **Frenzel** aus Reideburg. Die Angeklagten sollen nachts in Büschdorf eine Dienstmagd überfallen und mit unsittlichen Anträgen belästigt haben. Stollberg wurde zu 3 und Frenzel zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Glück gehabt hat der Arbeiter **Hermann Kolbig** aus Bitterfeld, der seinem Schwager, dem Arbeiter **Berbig** aus einem Stalle 6 Kaninchen im Werte von 10 M. entwendet hat. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis; das Gericht konnte aber trotz Ueberführung nicht zur Verurteilung gelangen, da es an dem erforderlichen Strafantrage der Staatsanwalt mangelte. Es mußte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden.

Freigesprochen von der Anklage der fahrlässigen **Körper-Verletzung** wurde der Fleischermeister Ferdinand **Eckstein** aus Kösseln, der am 23 Oktober auf der Landstraße von Plötz nach Kösseln den Arbeiter **Uhde**, der auf einem Fahrrade vor ihm hergefahren war, mit seinem Geschirr überfahren hatte. Der Staatsanwalt hatte 30 M. Geldstrafe event. 6 Tage Gefängnis beantragt, aber das Gericht zog in Erwägung, daß der Verletzte die für Radfahrer erlassenen Bestimmungen beim Fahren und besonders beim Ausbiegen nicht beobachtet hatte und kam deshalb zur Freisprechung.

Versammlungsberichte.

† **Former.** Am 22. Februar fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Former und Hilfsarbeiter von Halle und Umgegend statt. Gen. Rudolph Erfurt hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation. Hierauf legt der Vertrauensmann seine Abrechnung vor. Es ergiebt sich eine Gesamt-Einnahme von 1 924.95 M., welcher eine Ausgabe von 1 493.85 M. gegenüber steht. Die Revisoren bekunden, daß die Kasse stets in bester Ordnung war, worauf der Vertrauensmann entlastet wird. Mit dem Amte des Vertrauensmannes wurde Kollege Hermann Weber betraut. 3 Revisoren wurden gleichfalls gewählt. Unter Verschiedenes kommt die Errichtung eines Arbeitersekretariats zur Sprache. Da es aber schon zu spät ist und diese Frage einer genaueren Besprechung bedarf, wird beschlossen, eine öffentliche Versammlung zu diesem Zweck allein einzuberufen. Hierauf werden noch verschiedene Mißstände auf einzelnen Gießereien besprochen und dabei die Haltung einzelner Kollegen erwähnt.

Vermischtes.

Die Temperatur der Sonne. Ueber die unerträgliche, ganz ungeheure Hitze die auf der Sonne herrschen muß, existieren vielfach sehr übertriebene und merkwürdige Vorstellungen. Mehrere Millionen Grad wurden noch vor 20 bis 30 Jahren meistenteils angegeben. Die schärferen Messungen in neuerer Zeit haben zu sehr viel geringeren Zahlen geführt, die jedoch außerordentlich von einander abweichen: von 70 000 bis zu 2000 Grad ist eine große Anzahl von Schätzungen vorhanden. Diese große Verschiedenheit erklärt sich einmal aus der Unsicherheit, die über die Absorption der Wärme in unserer Luft herrscht, und dann aus unserer Unkenntnis darüber, wie sich die Ausstrahlung eines warmen Körpers mit seiner Temperatur ändert. Unter den vielen Strahlungsgesetzen kann das von Stefan aufgestellte wohl den Anspruch auf besonderes Vertrauen erheben; denn es hat sich nach den neuesten von Professor Lummer in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt angestellten Versuchen bis zu einer Temperatur von 1500 Grad als richtig erwiesen. Professor Warburg, der Direktor des Berliner Physikalischen Instituts, hat deshalb, wie er in der Freitags-Sitzung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft mitteilte, eine Untersuchung der Sonnentemperatur auf der Grundlage dieses Gesetzes angestellt. Seine Berechnung führt zu einer Zahl von 6249 Grad; eine solche Temperatur muß man also herzustellen suchen und in ihr das Verhalten der verschiedensten Stoffe untersuchen, um einen Begriff von ihrem Verhalten auf der Sonne zu bekommen.

* **Die Edelmetall-Gewinnung der Welt.** Nach dem Bericht des Münzdirektors der Vereinigten Staaten von Amerika war die Gold- und Silberproduktion der Welt im Jahre 1897 folgende:

	Gold Dollars	Silber Unzen
Afrika	58 306 600	—
Verein. Staaten von Amerika	57 363 000	53 800 000
Australien	55 684 200	15 951 546
Rußland	23 245 700	284 625
Mexiko	9 436 300	53 903 180
Indien (Britisch)	7 247 500	—
Kanada	6 027 100	5 558 446
Kolumbien	3 000 000	1 687 950
Guayana (Britisch)	2 294 600	—
Oestreich-Ungarn	2 235 600	1 970 332
China	2 209 100	—
Guayana (Französisch)	1 537 500	—
Deutschland	1 373 100	5 498 135
Brasilien	1 204 200	—
Venezuela	946 500	—
Chile	928 600	6 440 569
Bolivien	750 000	15 000 000
Korea	733 100	—
Japan	713 300	2 5[illegible]7 532
Peru	628 000	9 734 680
Guayana (Niederländisch)	492 200	—
Zentral-Amerika	470 500	1 546 875
Italien	194 400	737 163
Argentinien	137 600	383 470
Ecuador	132 900	7 734
Schweden	84 400	20 728
Großbritannien	35 100	232 108
Türkei	7 300	225 225
Spanien	—	5 779 357
Griechenland	—	1 028 609
Frankreich	—	525 628
Norwegen	—	162 198
Zusammen einschl. der Gewinnung anderer Länder	237 504 800	183 096 080

In der ganzen Welt wurden (einschließlich Umprägung) geprägt: Goldmünzen im Betrage von 437 719 342 Dollars, Silbermünzen im Betrage von 142 380 588 Dollars, im ganzen 580 092 930 Dollars. Der höchste Preis in London für Feinsilber war $29\frac{15}{16}$ Pence, der niedrigste $23\frac{3}{4}$ Pence die Unze, der Durchschnitt $27\frac{9}{16}$ Pence oder etwas über 50 Cents in amerikanischem Gelde. Der Silberwert des amerikanischen Silberdollars stellte sich somit im Durchschnitt auf $46\frac{7}{10}$ Cents.

Das Kunstgewerbe der ganzen Welt verbrauchte für 59 005 980 Dollars Gold und für 40 435 577 Dollars Silbers.

* **Ein vernünftiges Urteil.** In Basel war die Frau eines armen, seit längerer Zeit kranken Bahnarbeiters, die sich mit ihren Kindern in größter Not befand, angeklagt worden, im Keller eines anderen mit ihr im gleichen Hause wohnenden Bahnarbeiters ein Quartum Koks genommen zu haben. Angesichts der Notlage der Familie und des Umstandes, daß die arme Mutter sich an fremdem Eigentum vergriff, um ihre Kinder vor Kälte zu schützen, beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, die auch der Gerichtshof beschloß. Der herzlose Denunziant, der kein Erbarmen mit seinem bedauernswerten Kollegen hatte, konnte beschämt abziehen. — In Deutschland hört man von einem solchen Urteil selten oder gar nicht. Da werden arme Teufel, die irgendwo ein Stück Brot nehmen, um ihren Hunger zu stillen, und Frauen, die im Walde wertloses Reisig sammeln, „nach dem Buchstabe des Gesetzes" zu Gefängnisstrafen verdonnert. Dafür ist Preußen-Deutschland auch das Land mit den vollendetsten Rechtsgarantien.

* **Ein deutsches Schiff samt Besatzung untergegangen.** Der deutsche Schoner „Franziska" aus Brake, Kapitän Poker, der am 4 Januar d. Js von Macduff (Schottland) in Ballast nach Arbroath (Schottland) abging, hat seinen Bestimmungsort nicht erreicht und gilt als verschollen. Das Schiff ist zweifelsohne mit seiner ganzen Besatzung, 5 Mann, an der schottischen Küste untergegangen.

* **Dynamitexplosion.** In der Nacht zum Sonntag fand bei der Ladung der ersten Bohrmine im Eigertunnel der Jungfrau-Bahn eine Dynamitexplosion statt, bei der 6 Arbeiter getötet wurden. Die Verunglückten sind sämtlich Italiener. 2 Leichen sind schrecklich verstümmelt.

* **Die Entstehung der Diamanten.** Die künstliche Darstellung von Diamanten gelang bekanntlich Moissan, indem er Kohle in geschmolzenem Eisen löste und dieses dann plötzlich so weit abkühlte, daß die Masse eine feste Rinde erhielt. Ursache der Entstehung ist der Umstand, daß sich die noch flüssige Masse im Innern der festen Schale nicht mehr der Volumenzunahme beim Erstarren des Eisens entsprechend frei ausdehnen kann. Es entsteht hierdurch ein sehr bedeutender Druck, welcher das Krystallisieren des ausgeschiedenen Kohlenstoffes bedingt. Nach analogen Erscheinungen, z. B. bei Arsen, kann man annehmen, daß der Kohlenstoff unter dem hohen Drucke, welcher bei den Versuchen Moissan's herrscht, zunächst in den flüssigen und dann in den festen Zustand übergeht. Aus dem Eisen erhielt Moissan die Diamanten dadurch, daß er dasselbe mittels Säuren auflöste. Crookes glaubt, daß, wenn es möglich sein werde, den Kohlenstoff bei hinreichend hoher Temperatur, etwa 5800 Grad Celsius, einem genügenden Drucke, etwa 2300 Atmosphären, auszusetzen, es gelingen werde, denselben zu verflüssigen und dann auch größere Diamanten zu erhalten. In ganz ähnlicher Weise kann man sich, nach einer Mitteilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Görlitz, auch die natürlichen Diamanten entstanden denken und die geologischen Verhältnisse der Fundstätte widersprechen dieser Annahme durchaus nicht. So sind die diamantführenden Krater der südafrikanischen Diamantfelder offenbar nicht nach der gewöhnlichen Art vulkanischer Eruption entstanden, denn die umgebenden Wände weisen keine Zeichen von Feuerwirkung auf. Diese Krater wurden, nachdem sie entstanden waren, von unten her ausgefüllt und die in einer früheren, weit entlegenen Zeit gebildeten Diamanten wurden in einem Schlammvulkan gemeinschaftlich mit allerlei Trümmern ausgeworfen, die von den anstoßenden Gesteinen abgelöst waren. Dabei ist der Boden stark eisenhaltig; ja die Eisenhaltigkeit des Bodens gilt beim Volke geradezu als Anzeichen für das Vorhandensein von Diamanten. Crookes glaubt daher, daß die dortigen Diamanten sich in der Tiefe aus geschmolzenem Eisen ausgeschieden haben, womit auch ihr Eisengehalt übereinstimmt. Ferner sprechen dafür die oft tropfenartige Gestalt, die eigene gleichartige Ausbildung ohne bemerkbare Anwachsstelle. Desgleichen stehen der Spannungszustand, in welchem sich, wie das optische Verhalten zeigt, die Diamanten oft befinden, sowie die zuweilen von ihnen eingeschlossenen komprimierten Gase mit der Annahme jener Entstehungsweise im Einklange. Man kann sich mit Crookes die Bildung und Isolierung der Diamanten demnach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0007

olgendermaßen denken: In hinreichender Tiefe befanden sich Kohlenstoff aufgelöst enthaltende Massen geschmolzenen Eisens unter großem Drucke und von hoher Temperatur, bereit, beim Abkühlen auszukrystallisieren. In weit von der Gegenwart zurückliegender Zeit bewirkte dann die Abkühlung von oben her Risse zu den überliegenden Schichten, durch welche Wasser seinen Weg fand. Dieses wurde in Gas verwandelt, als es das glühendflüssige Eisen erreichte. Hierdurch konnte es schnell die Kanäle einschneiden, durch welche es hindurchging, um einen Ausweg zur Oberfläche zu finden. Dampf greift geschmolzenes und selbst rotglühendes Eisen rasch an oxydiert das Metall. Letzteres zerfällt, und es werden große Mengen Wasserstoff gleichzeitig mit geringen Mengen verschiedener Kohlenwasserstoffe frei. Die vom Dampfe begonnene Erosion, d. i. Durchbrechung der überliegenden Schichten durch Einschneiden von Kanälen, wird von den anderen Gasen fortgesetzt und es ist leicht möglich, daß Krater von der Weite, wie sie in Südafrika gefunden werden, in dieser Weise ausgeschnitten wurden.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein sauberer Leutnant. Wir haben seiner Zeit die Gerichtsverhandlung gegen das Fräulein Marie Köhler in Charlottenburg mitgeteilt, die von dem Leutnant Rudolf von Bismarck, dem sie sich mit ganzer Liebe hingegeben hatte, schnöde verlassen worden war, ohne daß er seiner Pflicht, für sein Kind zu sorgen, nachgekommen wäre, obwohl er eine reiche Heirat gemacht. Die Köhler hatte darauf ein Renkontre mit dem edlen Herrn gehabt, wobei sie ihm die Worte zugerufen haben soll: Die ganze Welt soll erfahren, was Du für ein Lump bist. Sie wurde deshalb zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hat die Revision verworfen und trotzdem sie ein Gnadengesuch eingereicht, mußte sie ihre Strafe antreten. So verbüßte sie ihre Strafe zu derselben Zeit, in welcher der reichgewordene „Bräutigam" seine Flitterwochen in der Schweiz verlebt. Für den Knaben wird in der Zwischenzeit die Charlottenburger Armenverwaltung sorgen müssen. Die allgemeine Teilnahme in Charlottenburg ist so groß, daß für sie eine Sammlung eröffnet wurde.

Berlin. Verunglückte Feuerwehrleute. Bei einem Dachstuhlbrand in der Metzgerstraße wurde der Feuerwehrmann Berger, der dem in höchster Lebensgefahr befindlichen Brandmeister Baumann zu Hilfe eilte, durch den Zusammenbruch des brennenden Daches getötet und später als verkohlter Leichnam aufgefunden. Baumann rettete sich durch einen Sprung aus der fünften Etage in das Sprungtuch, hat aber schwere Brandwunden. Noch zwei Oberfeuerwehrmänner und zwei Feuerwehrmänner wurden durch die Flammen und den Rauch bedenklich verletzt.

Berlin. Belohnung für treue Dienste. In der Niederbarnimer Zeitung lesen wir: „Für 50jährige treue Dienste auf Dominium Tasdorf erhielt der Arbeiter Friedrich Burgemeister von Herrn Rittergutsbesitzer Böttcher ein 1 Meter großes Kaiserbild, 30 Mark und von dessen Frau Gemahlin zwei Flaschen echten Tokayer." Für 50 Jahre ununterbrochener Arbeit, wahrhaft — rittergutsbesitzerlich!

Berlin. Als ein sauberer Wächter der Ordnung hat sich der jetzt entlassene Schutzmann Dallmer bei einem Vorfalle erwiesen, der ihn am Sonnabend auf die Anklagebank der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts I brachte. Er wurde angeklagt, in amtlicher Eigenschaft sich eines Hausfriedensbruches schuldig gemacht und eine weibliche Person thätlich beleidigt zu haben. Der Angeklagte hat keine Vertrauen erweckende Personalakten aufzuweisen; es geht aus ihnen hervor, daß er im Dienste wiederholt angetrunken war und einmal eine schwere Disziplinarstrafe erlitten hat, weil er im Jähzorn auf einen anderen mit einem Messer losgegangen war. Am 20. Dezember sollte Dallmer eine Frau nach dem Bureau bestellen. Er traf sie nicht zu Hause und ging nun zu einer Bekannten der Frau, wo er sie zu finden hoffte. Dort war aber nur die Aftermieterin, eine Klavierspielerin Garmisch, anwesend. Der Schutzmann ließ sich in ihr Zimmer führen, umschlang und küßte sie, berührte sie in unanständiger Weise und ließ von seinen Angriffen erst ab, als die sich mit Aufbietung ihrer ganzen Kraft wehrende, schwächliche Zeugin ihn energisch aufforderte, das Zimmer zu verlassen und um Hilfe zu rufen drohte. Im Termin widerrief der Schutzmann das Geständnis, das er seinem Hauptmann früher gemacht. Aber der Gerichtshof schenkte der schlichten Erzählung der Zeugin Glauben und verurteilte Dallmer zu sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 3 Monate beantragt.

Berlin. Eine Anarchistengeschichte von der so sehr beliebten graufigen Sorte bringt ein Berichterstatter: In Untersuchungshaft befindet sich seit etwa vier Wochen der Anarchist Oskar Löffler. Die Staatsanwaltschaft glaubt Grund zur Annahme zu haben, daß Löffler Mitglied eines anarchistischen Geheimbundes sei, dessen Mitglieder als Erkennungszeichen eingebrannte Male an den Armen tragen. (Hu! hu! hu!) Bei einer Durchsuchung der Löfflerschen Wohnung sind verschiedene verbotene anarchistische Schriften gefunden worden, deren Verbreitung der Verhaftete sich ebenfalls schuldig gemacht haben soll. Löffler, der dem Rechtsanwalt Dr. Schoeps seine Verteidigung übertragen hat, bestreitet seine Schuld nach jeder Richtung hin. — Wie so manche andere Anarchistengeschichte, so dürfte auch diese kaum das romantische Sehnen der Dunkelmänner stillen, durch die Erfahrungen der letzten Zeit sind wohl selbst unsere Anarchisten so gewitzigt worden, daß sie sich ungern die Finger, geschweige denn den Arm zur Wonne der Reaktion verbrennen.

Crottendorf, Erzgeb. Ein gräßlicher Mord und Selbstmord ist in unserem stillen Dorfe verübt worden: der Maurer Wachsmuth lebte mit einer verheirateten Frauensperson zusammen. Der Ehemann der letzteren ist bis vor kurzem in der Bezirksanstalt zu Frohnau bei Annaberg untergebracht gewesen. Nachdem er entlassen, hat er auf Lösung des Verhältnisses seiner Ehefrau mit dem Wachsmuth gedrungen und, da die beiden seinem Wunsche nicht nachkamen, am Sonnabend Termin vor dem Amtsgericht Annaberg gehabt. Wachsmuth hat sich mit seiner Geliebten vom Sonnabend nachmittag ab eingeschlossen. Als Sonntag vormittag die Zimmerthür nicht geöffnet wurde, ist dieselbe gewaltsam erbrochen worden. Ein schauerlicher Anblick bot sich: Wachsmuth lag mit durchschnittener Kehle, seine Geliebte, wie es scheint durch einen Schuß getötet, am Boden. Die Einwohnerschaft befindet sich in einer begreiflichen Erregung.

Hanau. Unterschlagung. Nach zweitägiger Verhandlung wurde der Garnisons-Lazarett-Inspektor Wilhelm Krüger wegen Unterschlagung im Amte zu 2 Jahren, 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Ehefrau erhielt wegen Hehlerei eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, während die mitangeklagte Tochter freigesprochen wurde.

Breslau. Aus dem Leben des Adels. Das Oberlandesgericht in Breslau verurteilte den preußenfeindlichen, in England lebenden Enkel des „Marschalls Vorwärts", Fürsten Blücher von Wahlstatt, Majoratsherrn auf Krieblowitz, an seinen Sohn den Referendar Graf Gustav Blücher, welcher gegen den väterlichen Willen in preußischen Staatsdienst eintrat, jährlich 10000 M standesgemäßen Unterhalt zu zahlen.

Dortmund. Bergmannslos. Infolge Zubruchgehens eines Förderkorbes wurden auf Zeche Monicenis 5 Bergleute schwer, 17 leicht verletzt.

Karlsruhe. Militärflüchtling erschossen. In Rastatt machte am Sonntag ein Festungssträfling bei der Rückkehr in die Kaserne einen Fluchtversuch. Als er bei dem dritten Haltruf nicht Folge leistete, schoß der Unteroffizier und traf den Flüchtling tödlich. Nach der Bad. Pr. gehört der Getötete der 9. Kompagnie des Lützowregimentes an.

Briefkasten der Redaktion.

S., Löbejün. Wir glauben nicht, daß Sie hierzu das Recht haben. Der Wirt muß doch die Wohnung etwaigen Reflektanten zeigen können.

Karl Schmidt. Wir bestätigen Ihnen, daß es im Versammlungsbericht der Holzarbeiter heißen muß, Genosse Heyn und nicht Hein. Ist das von so großer Wichtigkeit?

Eisleben. § 112 der Zivilprozeßordnung bestimmt, daß das Armenrecht zu jeder Zeit entzogen werden kann, wenn sich ergiebt, daß eine Voraussetzung der Bewilligung nicht vorhanden war oder nicht mehr vorhanden ist. Diese Voraussetzungen bestimmt § 106, der folgenden Wortlaut hat:

„Wer außer stande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten, hat auf Bewilligung des Armenrechts Anspruch, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht mutwillig oder aussichtslos erscheint."

Eine dieser Voraussetzungen kann bei dem Wiederkläger jetzt nicht mehr zutreffen, anders ist die Entziehung des Armenrechts nicht erklärlich. Wenn Widerspruch erhoben wird, muß die Bewilligung des Armenrechts von neuem beantragt werden. Es wird dann darauf ankommen, ob die Voraussetzungen zutreffen. Ihre Grüße erwidere ich, sowie meine Kollegen recht herzlich. Sw.

A., Bitterfeld. Die zuständige Behörde ist die Polizeibehörde von Bitterfeld.

Quittung.

Für die Opfer des Dresdener Klassenurteils gingen ein von:

Beim Familienabend der Bau- und Erdarbeiter bei Faulmann 4 M. Gr.

Schmidt-Höhnstedt 0.50 M. Fr. Orth, Liebenauerstraße, 1 M. Gemütliche Zimmerleute bei Haring durch F. A. 3.50 M. Böttcher.

Vom Verband der Tapezierer 5 M. W. D., Döllnitz 0.50 M. Von Deutsch-Amerikanern 12.70 M. Schade.

Merseburg. Von Gelbgießerei Arbeitern 15.65 M. Gr.

Zeitz. F. F. 1.50 M. Für die durch Bier Verblendeten 1 M. Aus der Schmiede einer Kinderwagenfabrik 9.30 M. Gesammelt Endstation 4 M. Weil sie nichts geben wollten 0.10 M. Von lustigen Kegelbrüdern 4.20 M. Vom Familienabend der Sattler 1.25 M. Von Korbmachern 9.50 M.

Der Vertrauensmann.

Von Lackierern 0.65 M. Gesammelt bei Böttcher 3 M.

Gewerkschafts-Kartell Zeitz.

Für die Siederei-Arbeiter:

Von den Bergleuten in Unterwerschen 2 M. Gr.

Für die streikenden Weber in Krefeld:

Auf Liste Nr. 14, gesammelt von Glasern durch Püschel 8.65 Mark, 15 durch dieselben 2.90 M., 1 durch dieselben 0.45 M., 25 aus der Armaturenwerkstatt von D. 23.80 M., 26 dieselben 5.70 Mark, 36 durch Maurer Wolf 6.45 M., 35 durch Korbmacher Sachse 12 M.

Gewerkschaftskartel zu Halle.
J. A.: Max Grothe.

Auf Bons 6.25 M. Ueberschuß der Einstands- und Jubiläums-Feier hiesiger Seidenweber 5.50 M.

Gewerkschafts-Kartell Zeitz.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 25. Februar.

Aufgeboten: Der Stationswärter Noetzel und Lilli Förbte (Dölau und Beesenerstraße 26). Der Konviktsinspektor Jäger und Agatha Müller (Kronprinzenstraße 6 und Ellecom). Der Fleischermeister Kreuscher und Marie Martens (Halle a. S. und Helmstedt). Der Arbeiter Born und Therese Bernhardt (Nietleben). Der Postassistent Helmeke und Klara Fehung (Elsterwerda).

Eheschließung: Der Schuhmacher Werner und Emma Stein (Gr. Brauhausstr. 31 und Mühlrain 7). Der Kupferschmied Knoche und Luise Schaaf (Schillerstraße 16). Der Buchhalter Underbeggen und Eugenie Höpfel (Kuttelhof 5 und Leipzig). Der Handelsmann Fister und Emma Mangold (Magdeburgerstraße 57). Der Fabrikarbeiter Lehmann und Martha Günther (Trödel 3). Der Handarbeiter Beck und Ida Steitz (Unterplan 11 und Brunoswarte 16). Der Fleischer Seise und Klara Wiesener (Schmiedstraße 37 und Saalberg 22). Der prakt. Arzt Dr. med Oemisch u. Elisabeth Reinhardt (Leipzigerstraße 8 und Herrenstraße 17). Der Bauer Günther und Anna Ulrich (Spitze 33 u. Lerchenfeldstraße 11). Der Schlossermstr. Schöne u. M. Billmeyer (Zinkgartenstraße 13 und 2. Vereinsstraße 3). Der Maurer Weinrich und Bertha Kluge (Weingärten 34 und Friedrichstraße 4). Der Hausdiener van Deel und Emma Oertel (Mittelstr. 15 und Blumenstr. 3).

Geboren: Dem Handarbeiter Wanke eine T. (Mauerstraße 20). Dem Bauunternehmer Rosche eine T. (Merseburgerstraße 148). Dem Bildhauer Keferstein ein S. (Wilhelmstraße 7). Dem Polizei-Sergeant Hase eine T. (Kronprinzenstraße 40). Dem Bahnarbeiter Richter eine T. (Landwehrstraße 8). Dem Maurer Meyer eine T. (Liebenauerstraße 174). Dem Kesselschmied Rosendorf eine T. (Leipzigerstraße 7). Dem Kaufmann Maß eine T. (Entbind.-Inst.). Dem Handarbeiter Oertel ein S. (Saalberg 11). Dem Bahnarbeiter Horaauer ein S. (Freiimfelderstr. 81).

Gestorben: Die Witwe Tänzer geb. Spatzier, 59 J. (Sophienstraße 40).

Giebichenstein, vom 22. bis 24. Februar.

Aufgeboten: Der Maurer März und E. Schmiedel (Kröllwitz und Fleischstr. 1).

Eheschließungen: Der Tischler Pollandt und A. Fünfhausen (Halle und Kleine Brunnenstr. 9).

Geboren: Dem Schankwirt Baumüller eine T. (Burgstraße 53). Dem Kupferschmied Winter ein S. (Triftstraße 33). Dem Schuhmacher Eichart ein S. (Wittekindstraße 14). Dem Kürschner Geselle eine T. (Schleifweg 8). Dem Bahnarb. Kaßler eine T. (Kl. Gosenstraße 5). Dem Schlosser Keiling eine T. (Triftstr. 7).

Gestorben: Des Fabrikarbeiter Wehlan S., totgeb. (Schleifweg 5). Des Maurer Beinhardt T., 3 J. (Eichendorffstr. 4). Des Gas- und Wasserwerks-Arbeiter Göpel T., 1 J. (Wittekindstr. 19). Des Maurer Geißler S., 2 J. (Gr. Gosenstr. 18).

Pflicht jedes denkenden Arbeiters ist es, seiner gewerkschaftlichen Organisation beizutreten und Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden.

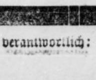
Sprechstunde der Redaktion mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Für die Redaktion verantwortlich: Wilh. Swienty in Halle.

Inventur-Ausverkauf.
C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Eduard Graf, Markt 11 Halle a. S.
Erstgrösstes Spezial-Geschäft am Platze.
Bettfedern und fertige **Betten.**
Als streng reelle und billigste Bezugsquelle bekannt.
Fertige Inlets, Bettwäsche. Bettstellen, Matratzen.

Hallesche
Genossenschafts-Buchdruckerei
E. G. m. b. H.
Halle a. S., Geiststrasse 21
empfiehlt sich den geehrten Vereinen, Geschäftsleuten und Privaten zur
Anfertigung aller Arten von Drucksachen,
als: Prospekte, Preislisten, Tarife, Plakate, Flugblätter, Quittungen, Rechnungen, Listen, Briefbogen und Kouverts mit Firma, Programme, Einladungskarten, Jahresberichte, Statuten, Formulare, Diplome, Zirkulare, Visit-, Gratulations- und Verlobungskarten, Contobücher, Mitgliedsbücher etc. etc.
Preiswerte und reelle Bedienung.

C. F. Schulzes Veilchenseifenpulver
ist ein höchst wirksames, preiswertes, unschädliches Wasch- und Reinigungsmittel mit lieblichem Parfüm.
C. F. Schulzes echte Elfenbeinseife mit der

wird infolge ihrer augenfälligen Vorzüge immer beliebter und gesuchter als sparsame Handwaschseife.

Konfirmanden-Hüte,
gute Qualitäten, zu billigsten Preisen.
C. G. Nicolai
Leipzigerstraße 13.

Hände-Schutz,
bestes Mittel gegen spröde und aufgesprungene Haut.
Allein-Verkauf Süd-Droguerie, Thomasiusstraße 49.

Paul Schneider
Eisenwaren-Handlung
Merseburgerstr. 4.

Möbel, Spiegel,
Polsterwaren, Kleidersekretäre von 24 M an, echt Nußb. u. Birke, zu bill. Preisen z. vf.
K. Bieler, Tischlermeister, Geiststr. 31

Nur für Wiederverkäufer!
Engros-Geschäft
Adler & Co.
Halle, Leipzigerstr. 54
empfehlen
Schmucksachen,
Broschen, Ohrringe, Armbänder, Halsketten, Kreuze, Fingerringe, Uhrketten, Haarschmuck, Lederwaren
in grosser Auswahl billigst.
Auswahlsendungen bereitwilligst.
Fernsprecher 1081.

Nur 1 Mk. kostet
das Einsetzen einer neuen Uhrfeder, alle anderen Reparaturen billig.
Glas, Zeiger, Uhrring à 10 Pf.
Garantie 1 Jahr.
C. Hammer,
Uhrmacher,
Leipzigerstrasse 42.

Karl Koch's Nährzwieback
seit 15 Jahren durch erstaunliche Erfolge mehr als bewährt, unter ärztlicher Kontrolle hergestellt, chemisch untersucht, kalkphosphathaltiges, Blut- u. Knochen bildendes Nährmittel ersten Ranges zu haben in
Karl Kochs Nährzwiebackfabrik, Halle a. S., in allen besseren Kolonialwaren und Drogenhandlungen u. Bäckereien.

Ostern.
Düten-Konfekt,
leicht und billig,
Oster-Eier und Oster-Düten
in größter Auswahl empfiehlt
Honigkuchen-, Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik
von C. Tornow, Inh. R. Schirmer,
Leipzigerstr. 82, u. Roten Roß.

Eine Wohnung,
bestehend aus zwei Zimmern und Zubehör, ganz in der Nähe der Geiststraße, sofort gesucht. Offerten unter 102 bitte in der Expedition dies. Blattes abzugeben.

Schweine-Schmalz,
garantiert rein, à Pfund 40 Pf., bei 10 Pfund à 38 Pf.
H. W. Haacke, Gr. Klausstraße 16.

Misch-Obst,
Datteln, Feigen, Aepfel und Pflaumen à Pfund 25 Pf.
H. W. Haacke, Gr. Klausstraße 16.

Sofort eine perfekte
Verkäuferin
gesucht.
Zu melden
Giebichenstein, Eichendorffstr. 25 im Kontor.

Junge Mädchen,
welche die ff. Glanzplätterei praktisch und gründlich erlernen wollen, nimmt jetzt wieder an
O. Brückmann,
Berliner Wasch- und Glanzplätt-Anstalt und Lehr-Institut,
Töpferplan 2.

Möbl. Schlafst. z. v. Bernburgerstr. 16 III l.

Priv.-Mittagstisch p. W. 3 M. Schulstr. 1

Todes-Anzeige.
Sonntag früh 6¾ Uhr starb nach langem, schweren Leiden unsere innigstgeliebte **Martha** im 3. Lebensjahre.
Dies zeigen schmerzerfüllt an
Karl Händler nebst Frau u. Kinder.
Die Beerdigung findet Mittwoch den 1. März vom Trauerhause, Voigtsstr. 31, aus statt.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis meines viel zu früh dahin geschiedenen Mannes sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Besonders dankend dem Schmidtschen und Dehnschen Personal für die gütige Unterstützung, Begleitung und Blumenspende.
Witwe **Hagelganz** geb. **Martin.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218990301-11/fragment/page=0008